

Studien und Forschungsarbeiten N° 44

Das französische Nein vom 29. Mai 2005 : verstehen, handeln

Gaëtane Ricard-Nihoul

Gaëtane Ricard-Nihoul

Gaëtane Ricard-Nihoul ist an der Universität von Liège in Politikwissenschaften und öffentlicher Verwaltung diplomiert und erwarb einen Master und ein Doktorat in europäischer Politik an der Universität von Oxford.

1992 bis 2002 war sie im Kabinett der belgischen Vize-Premierministerin für Verkehr Leiterin der Abteilung „Europäische und Internationale Angelegenheiten“. Sie war während der belgischen Ratspräsidentschaft für Koordinierungsaufgaben zuständig. Als Beraterin für institutionelle Fragen vertrat sie die Vize-Premierministerin in der belgischen Delegation in der Regierungskonferenz. In dieser Funktion hat sie am europäischen Rat von Biarritz, Nizza, Laeken und an der belgischen Arbeitsgruppe für die Deklaration von Laeken teilgenommen.

Gaëtane Ricard-Nihoul war anschließend in der Europäischen Kommission in der Generaldirektion für Bildung und Kultur in der Einheit für Politik im audiovisuellen Bereich tätig. Als Mitglied der Abteilung für Außenbeziehungen war sie für die Beitrittsverhandlungen mit den 13 Beitrittskandidaten im audiovisuellen Bereich, für die Beziehungen mit den westlichen Balkanländern und dem südlichen Mittelmeerraum zuständig. Sie war ebenfalls für die Koordination einer interdirektionalen Gruppe im Rahmen eines interkulturellen Dialoges und für die Begleitung der Arbeiten des Konvents im kulturellen Bereich verantwortlich.

Im April 2004 übernahm sie den Posten der Generalsekretärin bei Notre Europe.

Die Autorin dankt Morgan Larhant und Helder Rodrigues Constantino für Ihren Beitrag an dieser Studie und Tamara Buschek für die Übersetzung ins Deutsche.

Notre Europe

Notre Europe ist als unabhängige Studien- und Forschungseinrichtung der europäischen Einheit gewidmet. Notre Europe wurde am 5. Juli 1996 als Studien- und Forschungsrichtung von Jacques Delors gegründet und setzt sich aus einem kleinen europäischen Forschungsteam zusammen. Als „think tank“ zum europäischen Aufbau, will Notre Europe durch Analysen und relevante Vorschläge einen Beitrag zur aktuellen europäischen Debatte leisten.

Notre Europe beteiligt sich auf unterschiedliche Weise an der öffentlichen Debatte: Durch die Veröffentlichung eigener Studien und durch Hinzuziehung externer Forscher, die auf diese Weise ihre Reflexionen zu europäischen Problematiken beitragen. Die Analysen wenden sich an Entscheidungsträger, Forscher, Experten und Journalisten in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union. Sämtliche Veröffentlichungen sind auf unserer Webseite verfügbar (www.notre-europe.asso.fr). Die Studien- und Forschungseinrichtung organisiert ebenfalls Seminare und Treffen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Presseorganen.

Durch die Stimme des Präsidenten und des Verwaltungsrates, der neben Verwaltungsaufgaben auch als Impulsgeber für die Orientierung der Arbeiten verantwortlich ist, bezieht Notre Europe zu entscheidenden Themen des zukünftigen Europas Stellung. Ein aus bedeutenden europäischen Persönlichkeiten bestehendes internationales Komitee versammelt sich jährlich, um sich über wichtige europäische Fragen auszutauschen.

Vorwort

Geschichte hat kein Ende. Sie ist kein langer ruhiger Fluss. Ihr Verlauf dehnt sich, Krisen und Aufschwünge wechseln sich in ungewissen Windungen ab – zum Schlimmsten, wie zum Besten. Der europäische Aufbau ist heute, wie auch während der letzten 50 Jahre, nicht von dieser Regel ausgenommen. Gestern noch die Begeisterung über die spektakuläre Einführung des Euro, heute die Besorgnis und Verwirrung: Nach dem doppelten „Nein“ von Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag ist der Krisenzustand, zumindest implizit, ausgerufen. Das institutionelle Europa ist gelähmt, die Wirtschaft stagniert und die budgetären Konfrontationen verstärken sich, während sich die Union geographisch erweitert... die öffentliche Meinung ist verwirrt und empört. Es muss dringend reagiert werden. Aber wie? Wie das Schiff wieder auf den richtigen Kurs bringen? Wie Europa und die Europäer miteinander versöhnen?

Gaëtane Ricard-Nihoul befasst sich in diesem Text mit dem Prozess, der es ihrer Überzeugung nach ermöglichen könnte, das festgefahrene gemeinschaftliche Schiff wieder aus dem Schlamm zu ziehen. Da das Wesen eines Übels präzise diagnostiziert werden muss, damit die verschriebene Medizin auch heilsam sein kann, ergründet sie zunächst detailliert die Ursachen des „Nein“-Votums. Es handelt sich hier also um eine zweistufige Vorgehensweise: Analyse, gefolgt von Vorschlägen.

Die Analyse offenbart einige Überraschungen und ermöglicht eine differenziertere Betrachtung gewisser Anschauungen. Wenn man zum Beispiel die Wählerumfragen nach dem Wahlgang in Betracht zieht, erkennt man, dass die Entscheidung zur Ablehnung des Verfassungsvertrags abzulehnen, oft sehr früh gefasst wurde. Man erfährt ebenfalls, dass die Altersgruppe der 35-54-Jährigen, welche dem Vertrag am meisten mit Ablehnung gegenübersteht, diejenige erfasst (25-34 Jahre), die bereits den Vertrag von Maastricht 1992 am meisten kritisiert hat. Der Text liefert noch viele andere Elemente, die neue Betrachtungsweisen eröffnen. In erster Linie werden, was die Autorin als „Referenzskala“ bezeichnet, die unterschiedlichen Beweggründe für das „Ja“ und das „Nein“ beleuchtet, was uns auf die von der Globalisierung verursachte Identitätsproblematik zurückverweist.

Eine weitere Umfrage zeigt, dass sechs von zehn „Neinsagern“ glaubten, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrages zu Nachverhandlungen und somit zu einem sozialeren Text führen würde: Eine Illusion, die zusammen mit anderen Feststellungen die Autorin dazu veranlassen, die bei den Bürgern bestehende Diskrepanz zwischen der europäischen Realität und der Wahrnehmung dieser Realität zu hinterfragen. Ihrer Meinung nach führt dieser Tatbestand auf die fehlende demokratische Debatte über europäische Angelegenheiten in den Mitgliedsstaaten

außerhalb der Referendumsperiode zurück. Als Heilmittel gibt es nur eine Lösung – die Debatte.

Nach ihren Erörterungen schlägt Gaëtane Ricard-Nihoul einen Aktionsplan vor, dessen große Linien folgende sind: die Verabschiedung eines „Bürgerpaktes“, der eine intensive Teilnahme der nationalen Vertreter an der europäischen Diskussion ermöglichen würde; die Fortführung der Ratifikationen des Verfassungsvertrages; 2008 ein erneuertes Konvent; ein europäisches Referendum anlässlich der Neuwahlen des europäischen Parlamentes 2009. Zusammengefasst: Ein Vorgehen zur Überwindung der Vertrauenskrise, die wohl leider nicht nur von kurzer Dauer sein wird.

Notre Europe

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Die Kampagne	3
<hr/>	
2 Die Ergebnisse	11
<hr/>	
2.1 Überdramatisierte Interpretationen vermeiden...	13
2.2 ... aber die Auswirkungen des Votums erkennen	14
2.2.1 Ein kurzfristiger ungünstiger politischer und wirtschaftliche Kontext	14
2.2.2 Die sozioökonomischen und politischen Missstände fassen Wurzeln	16
2.2.3 Die Schwierigkeiten einer Identitätspositionierung in einer globalisierten Welt	27
2.2.4 Die Schwäche der demokratischen Praxis in einem in der Entstehung begriffenen europäischen öffentlichen Raum	31
3 Die Zukunft	34
<hr/>	
3.1 Sinnvolle Nutzung der „Denkpause“ und der Hautshaltsdebatte	37
3.2 Fortsetzung der Ratifizierung durch Verschiebung des Treffens des Europäischen Rates auf 2007	38
3.3 Einführung einer neuen Konvention zu Teil III des Vertrages im Jahr 2008	39
3.4 Organisation der Ratifizierung des Textes über ein Europäisches Referendum im Jahr 2009	41
Schlussfolgerung	42
Bibliographie	43

Einleitung

Die Nachwirkungen des französischen « Nein » bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag am 29. Mai rufen einige Aspekte dieser Kampagne wach. Viele glaubten, dass der heterokliten, ja zum Teil sogar verlogene Charakter einiger Argumente dieser Kampagne mit Hilfe eines progressiven « Klärvorgangs » nach und nach verschwinden würde, um an deren Stelle am 29. Mai etwa ein Dutzend mehr oder minder rationelle Gründe für die Verfassung stehen zu lassen. Die Mehrheit dieser Argumente hat sich jedoch bis zum Ende dieser langen, lebhaften Debatte gehalten.

Ebenso hätte man meinen können, dass sich die orientierungslosen, manchmal paradoxen Aspekte des Ergebnisses vom 29. Mai, verstärkt durch die nicht weniger unerklärlichen des holländischen „Nein“, mit dem Beginn der ruhigeren Sommermonate, die eine besonnenere Betrachtung oft begünstigten, allmählich zerstreuen würden. Dies war nicht der Fall und zweifellos vorhersehbar. Es ist nicht das erste Mal, dass der europäische Aufbau eine Krise erlebt, aber diese hat etwas Besonderes an sich. Sie scheint tiefer zu gehen, „existenziell“ zu sein.

Viele konjunkturbedingte Faktoren können die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch das Volk erklären. Diese „Nein“-Stimmen sind jedoch auch in vieler Hinsicht das Ergebnis einiger struktureller Entwicklungen, die schon mindestens seit zehn Jahren sichtbar sind. Was auch immer die Antwort auf die gegenwärtige Krise sein mag, sie wird sich nicht abermals mit einem institutionellen „Flickwerk“ begnügen dürfen. Sie muss die tiefer liegenden Probleme angehen.

Dafür müssen ohne Zweifel – mit dem Abstand, den wir heute haben – die Analyse des Ergebnisses vom 29. Mai vertieft werden, das Konjunkturelle vom Strukturellen, die europäische Dimension von den nationalen Eigenheiten und die wahren Fragen von den Vermutungen unterschieden werden. Dieser Text soll einen bescheidenen Beitrag zu dieser gründlicheren Analyse leisten.

Die ersten zwei Teile befassen sich aus diesem Grund nochmals mit der langen Kampagne, die dem 29. Mai vorausgegangen ist, sowie mit dem Abstimmungsergebnis. Ohne den nicht unwesentlichen Effekt eines kurzfristig ungünstigen wirtschaftspolitischen Kontextes und auch das Fortbestehen der allgemeinen Zustimmung der Franzosen zur europäischen Integration zu vergessen, versucht diese Analyse die tiefer liegenden Phänomene ans Licht zu bringen. So sind beispielsweise die Verwurzelung und die Erweiterung der generationsbedingten, sozialwirtschaftlichen, regionalen und politischen „Brüche“ in der französischen Gesellschaft zwischen 1992 und 2005 bemerkenswert. Das „Nein“ vom 29. Mai ist aber auch Ausdruck einer Identitätsfindung angesichts der Globalisierung und der Schwächen der demokratischen Praxis, die den französischen Rahmen überschreiten.

Von diesen Erklärungen inspiriert, bietet diese Studie Reflexions-, und Handlungsansätze, um aus dieser heute erscheinenden Sackgasse auf dem Weg zur europäischen Vereinigung herauszugelangen. Der letzte Teil des Textes widmet sich der Zukunft und zielt auf

eine konkrete Darstellung der Methode und des Zeitplans. Er versucht vor allem einen Beitrag zur Erarbeitung von Antworten auf die Herausforderungen zu leisten, die zunehmend einem Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Integration gleichen.

I – DIE KAMPAGNE

Man kann die Organisation der Debatte vom Augenblick der Verkündung des Referendums durch den Präsidenten der Republik am 14. Juli 2004 bis zum Wahlgang am 29. Mai 2005 an vielen Stellen kritisieren. Nicht nur ihr populistisches Abdriften und die Vereinnahmung von gewissen politischen Persönlichkeiten, welche strikt nationalen Wahlzwecken diene, sind zu bedauern. Die Beobachter des europäischen Aufbauprozesses hätten allerdings das Ausmaß des in Frankreich Geschehenen während dieser langen Phase erkennen müssen. Wir nehmen, vielleicht das erste Mal, an einer wahren demokratischen nationalen Diskussion über europäische Angelegenheiten teil.

Das größtenteils fehlende Thema in nationalen Debatten, oder noch schlimmer, der traditionelle Sündenbock für unbeliebte nationale Maßnahmen, nämlich „die europäische Dimension, die den Alltag der Bürger trifft“, hat einen dramatischen Einzug in das Leben der Menschen gehalten. Kein Tag verging, ohne dass eine Tageszeitung oder ein Fernsehsender nicht über die Referendumsdebatte berichtete, kein Abend unter Freunden, welcher der Ja/Nein Polemik entging. Eine Meinungsumfrage von IFOP (20. Mai 2005) über die Gesprächsthemen der Franzosen zeigt, dass das Referendum im Januar 26%, im März 48% und im Mai 83% aller Konversationen vereinnahmte. Eine Umfrage von SOFRES (9. und 10. Mai) macht deutlich, dass sich im März 47% am Referendum als „sehr oder ziemlich interessiert“ bezeichnen, 64% im April und 69% im Mai.

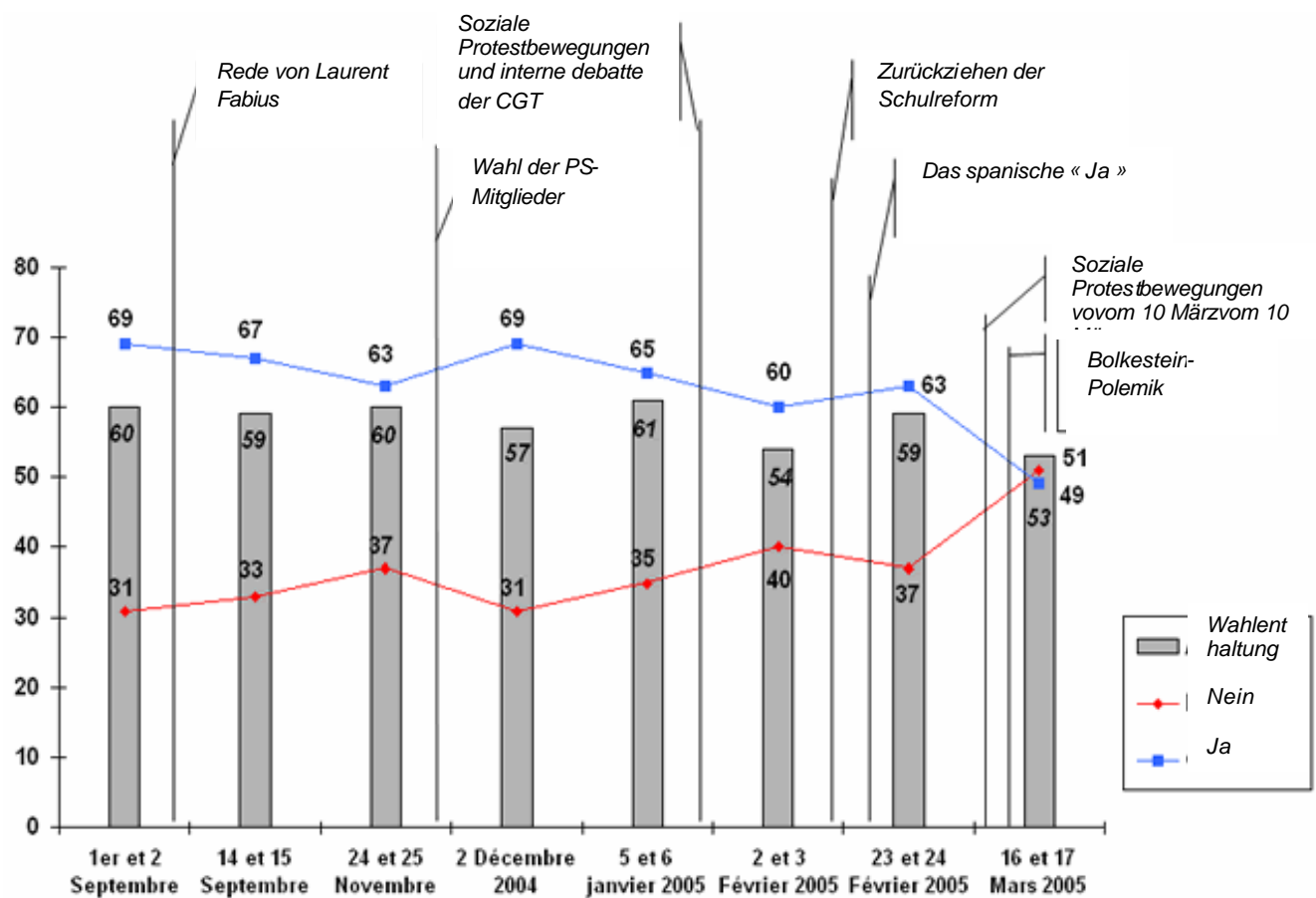
Abgesehen von der Intensität der Debatten, muss auch die außergewöhnliche Länge dieser Kampagne unterstrichen werden. Gewiss, die offizielle Kampagne begann am 16. Mai, aber sie war in Wirklichkeit doppelt so lang wie jene für das Referendum über den Vertrag von Maastricht 1992, die, mit einer Abschwächung im Sommer, von Juni bis September andauerte. Daher lohnt es sich, sich mit ihrem Ablauf zu befassen, um ihre Bedeutung zu begreifen. Vier Phasen können identifiziert werden:

Die erste Phase erstreckt sich von der Verkündung am 14. Juli bis zur internen Abstimmung der Sozialistischen Partei am 1. Dezember, in welcher die Debatte von der Sozialistischen Partei monopolisiert wird und die anderen Parteien auf das Ergebnis vom 1. Dezember warten. Die Zivilgesellschaft, vor allem die Gegner des Verfassungsvertrages, beginnt sich währenddessen zu mobilisieren, was der „Aufruf der 200“ im Oktober¹ zeigt. Das „Ja“ überwiegt in den Meinungsumfragen mit mehr als 60%. Allerdings ist das Bild nicht so deutlich, wenn man die Unentschiedenen mitberücksichtigt, die in diesem Stadium

¹ Appell am 20. Oktober; siehe z.B.: Elsa Freyssenet, „Deux cents noms pour un "non" de gauche à la constitution européenne“ (200 Namen von der Linken für ein « Nein » gegen die Europäische Verfassung), *Le Figaro*, 20.10.04

logischerweise noch sehr zahlreich sind. Auf offene Fragen wie „Denken sie, dass es noch zu früh ist, sie wissen es noch nicht“, antworten 18% „eher ja“ und 15% „eher nein“².

Die zweite Periode dauert vom 1. Dezember bis Mitte/Ende März. Die meisten Kurven, welche die Entwicklung der öffentlichen Meinung beschreiben, lassen ein auffallendes Sinken des „Ja“ ab dem Zeitpunkt der Verkündung des Datums des Referendums durch J. Chirac feststellen. CSA ist das erste Meinungsforschungsinstitut, das, in Folge einer Umfrage vom 16. und 17. März, das „Nein“ bei 51% anzeigt (auffallender Anstieg auf 59% bei den Sympathisanten der *Parti Socialiste* (PS)) während das „Ja“ am 23. und 24. Februar noch bei 63% lag. Die IPSOS-Kurve zeigt in gleicher Weise am 4. März das „Ja“ bei 60% und am 18. März bei 48%. Gleichermäßen zeigt die IFOP-Kurve das „Ja“ am 4. März bei 58% und am 24. März bei 47%.



CSA Telefonumfrage vom 16. u. 17. März 2005, 802 befragte Personen (für die Tageszeitung *Le Parisien*)

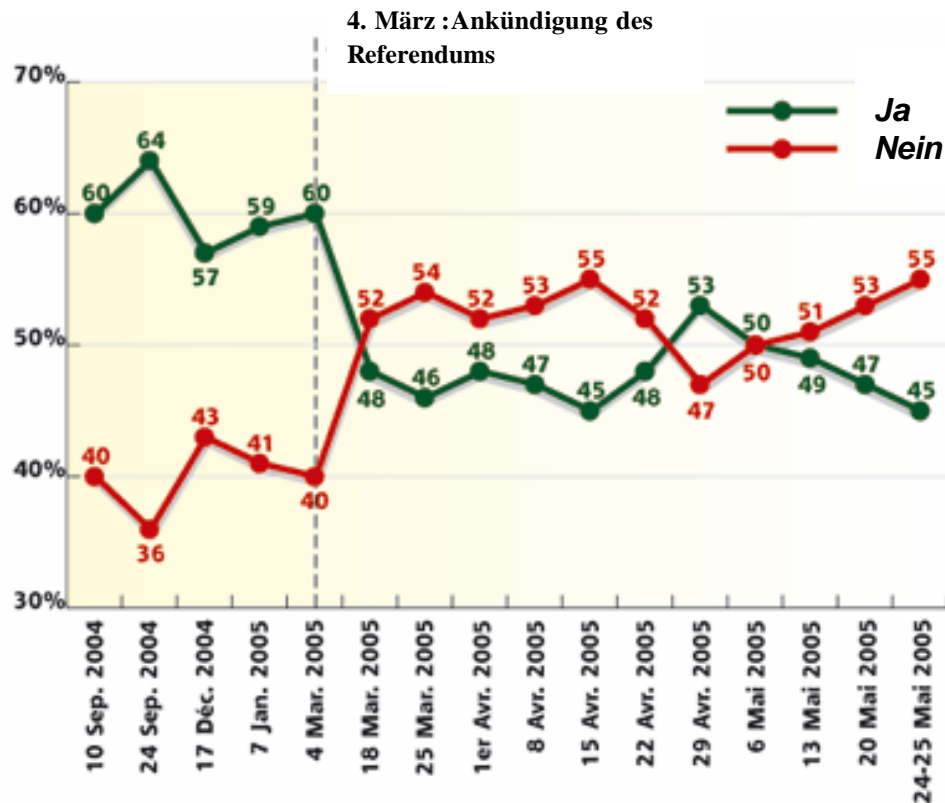
² IFOP-Umfrage erwähnt in « *Le Monde* » am 12.10.04 (Aber im « *Journal du Dimanche* » veröffentlicht, Umfrage vom 7. und 8. Oktober anhand einer Stichprobe von 774 Personen).

In der Phase von Mitte/Ende März bis Anfang Mai erreicht das „Nein“ eine konstante Mehrheit zwischen 52 und 56%. Dem folgt, gemäß den Kurven, ein Ansteigen des „Ja“ auf 52/53% oder ein Unentschieden von „Ja“ und „Nein“ gegen Ende des Monats April/Anfang des Monats Mai³.

Von Mitte Mai bis zum 29. Mai steigt das „Nein“ in den Umfragen wieder, bis es am Tag des Referendums 55% erreicht. Das „Nein“ ist in diesen letzten Wochen mehr als wahrscheinlich geworden. Dies trotz einer relativ hohen Unentschiedenenquote (gemäß SOFRES 17% Unentschiedene unter jenen, die zu wählen beabsichtigen und 10% im Lager des „Nein“). Die „Rückkehr des „Ja“-Lagers hat es nicht geschafft, die Tendenz umzukehren.

	Zusammenfassung der Umfragen TNS Sofres / Unilog für Le Monde / RTL / LCI						23-24 Mai 2005
	9-10 März 2005	1er-2 April 2005	15-18 April 2005	27-28 April 2005	9-10 Mai 2005	11-12 Mai 2005	
- Ist sich seiner Wahl sicher	64	59	70	73	69	77	82
- Kann seine Meinung ändern	34	39	28	25	29	21	17
- Keine Meinung	2	2	2	2	2	2	1

³ Die Umfragen sind damals tatsächlich nicht miteinander in Einklang gestanden (siehe François Wenz-Dumas, „Le non affole les sondages“ („Das Nein verwirrt die Umfragen“), Libération, 23.04.05). Jedoch haben alle Meinungsforschungsinstitute eine positive Entwicklung des „Ja“ vorhergesagt: IPSOS, SOFRES und CSA sagen Anfang Mai den Sieg des „Ja“ vorher; IFOP spricht von einem Unentschieden.



IPSOS-Kurve

Diese Einteilung der Stimmenentwicklung in vier Phasen, auch wenn sie sicherlich willkürlich ist, ermöglicht es, die Analyse in Perspektive zu stellen. Erstens, wie von JL Parodi (2005) betont, und im Gegensatz zu einer oft gehörten Interpretation während der Kampagne, ist das „Ja“-Lager nicht zusammengebrochen, sondern das „Nein“-Lager hat es geschafft, die Unentschiedenen zu seinen Gunsten zu mobilisieren. Zweitens erscheint der Punkt des Richtungswechsels der Kampagne im März im Nachhinein wie ein Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt. Das Lager des „Nein“ scheint von Mitte März bis Ende April die Oberhand gewonnen zu haben. Diese Dominanz kann zum Teil dadurch erklärt werden, dass sich die Anhänger des „Ja“ zu lange auf eine rein institutionelle Debatte konzentriert haben (z.B. auf die Frage der Revision der Verfassung), während sich die Anhänger des „Nein“ früh und effizient mit Verästelungen bis zur Lokalebene mobilisiert haben (vor allem über zivilgesellschaftliche Organisationen wie ATTAC z.B.).

Eine Studie von Ghitalla und Fouetillou, (2005) hebt besonders die bessere Nutzung des Internets durch die „Nein“-Anhänger hervor. Sie zeigt das eindeutige Ungleichgewicht der Anzahl der Webseiten des „Ja“ (79) und jener des „Nein“ (161). Ebenfalls weist sie auf die bessere Verlinkung der „Nein“-Webseiten untereinander hin. Sie erstellt außerdem eine Rangliste der „maßgebenden“ Webseiten (basierend auf der Anzahl der Nennungen einer Seite durch eine andere). Unter den ersten zehn der am häufigsten genannten Seiten gehörten acht dem „Nein“ an.

Die Anhänger des „Ja“ waren so zu einer reaktiven Vorgehensweise gezwungen und verwendeten defensive Argumente, die um einiges weniger mobilisierend als die des „Nein“ waren. Die interne Abstimmung der PS hat sicherlich dazu beigetragen, die sozialen Fragen und den dritten Teil des Vertrages ins Zentrum der Diskussionen zu rücken, aber auch das allgemeine soziale Klima hat seine Rolle gespielt. Der Zeitraum der Kampagne fiel zeitlich mit einer Reihe von aktuellen Ereignissen zusammen, die einen günstigen Kontext für das Ansteigen des „Nein“ geschaffen haben – sei es dadurch, dass sie die Unzufriedenheit des Volkes im Hinblick auf die Regierungspolitik verstärkt haben (Soziale Protestbewegungen vom 10. März und 16. Mai)⁴, sei es, weil sie die Angst der Bürger vor gewissen aktuellen europäischen Ereignissen geschürt haben (etwa das Projekt der Bolkestein⁵-Richtlinie und die Eröffnung der Türkei-Beitrittsverhandlungen⁶). Auch wenn sich der Monat April als eine dynamische Gegenoffensive des „Ja“-Lagers abzeichnet, besonders auffallend durch die Interventionen von Persönlichkeiten wie J. Delors⁷, S. Veil⁸ oder L. Jospin⁹, bewirkt dies nur einen kurzfristigen Effekt, der es jedoch nicht vermag, eine Bewegung zu stürzen, die offensichtlich schon genug Zeit hatte, Wurzeln zu fassen.

⁴ Demonstrationen und Streiks zum „Schutz der Arbeitszeit, der Kaufkraft und der Arbeitsplätze“, die von mehreren Gewerkschaften organisiert wurden, verlängert durch die traditionellen .Mai-Demonstrationen (siehe *Le Monde*, („Referendum, Arbeitslosigkeit, Pfingstmontag auf den Protestschildern der 1. Mai-Märsche“, Rémi Barroux, 2.05.05) und Streiks am 16. Mai gegen die Abschaffung des Pfingstmontag als Feiertag).

⁵ Es ist interessant anzumerken, dass die Frage der Standortverlagerung von L. Fabius bereits im September 2004 (siehe *Les Echos* vom 13.09.04) aufgegriffen wurde, aber erst wieder nach der Bolkestein-Richtlinie in den Mittelpunkt der Debatte gelangt (siehe den Artikel von Didier Hassoux, „Emmanuelli refait le match“ („Emmanuelli ist wieder im Spiel“), *Libération*, 19.01.05; siehe auch Henri Emmanuelli und Béatrice Patrie, „Non à la directive Bolkestein“ („Nein zur Bolkestein-Richtlinie“), *Libération*, 20.01.05); am 2. Februar verlangte J. Chirac nach einer „Neuaufgabe“, am 15. März qualifiziert er den Text als inakzeptabel und „versuchte die europäischen Kommissäre zum Stillschweigen zu bringen“, *Le Monde* 17.03.05); am 15. März wird die Richtlinie im Parlament diskutiert und die Gesamtheit der europäischen Politiker hat diese abgelehnt; am 19. März kam es zu europäischen Demonstrationen in Brüssel gegen die Bolkestein-Richtlinie; am 5. April Besuch von Bolkestein in Paris.

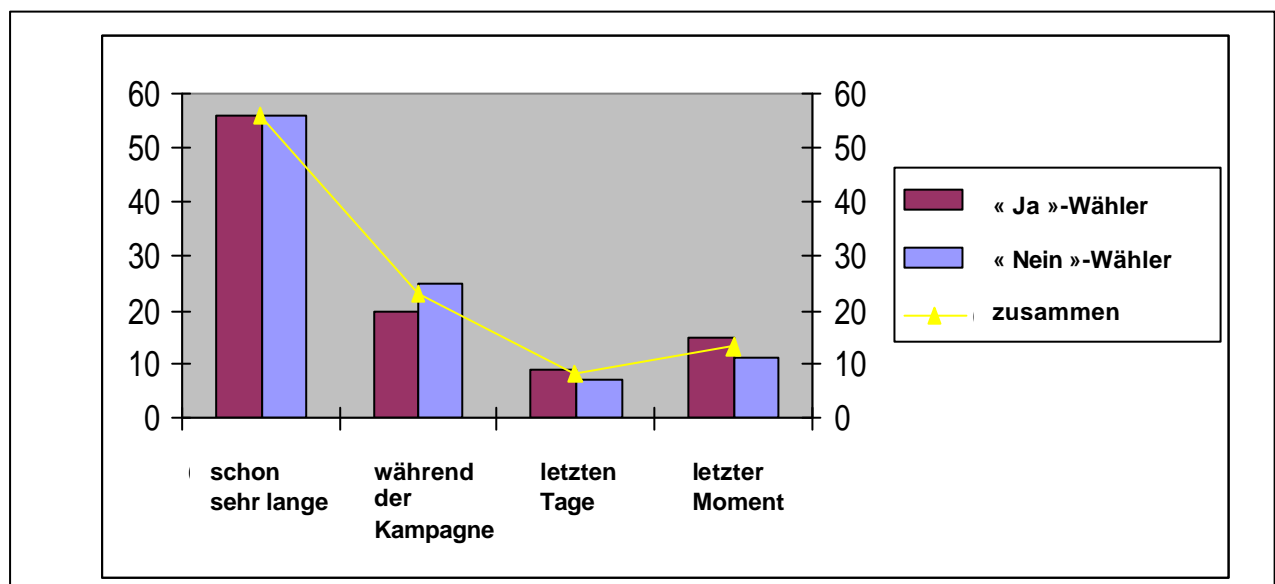
⁶ Die Frage des Türkei-Beitritts ist wieder Anfang Oktober 2004 aufgetaucht. Am 10. Oktober weist J. Chirac von Peking darauf hin, dass, die Abgeordneten diese Frage vor dem 17. Dezember behandeln müssten, ein Datum an welchem vom Europarat die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen beschlossen werden sollte; am Kongress von Versailles (Anfang Januar bis zum 28. Februar 2005) wurde die Frage aufgeworfen, da ein Artikel für weitere Beitritte ein Referendum vorsieht; die *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) wollte am 6. März (nach dieser vom 9. Mai 2004) eine zweite Abstimmung zur Türkei-Frage organisieren (dieses Vorhaben wurde unter Bedrängnis des Elysée-Palastes am 21.01.05. annulliert); am 20.03.05. lautete die Schlagzeile von *Le Monde* „La question de l'adhésion de la Turquie continue à peser sur la campagne du référendum“ („Die Frage des Türkei-Beitritts belastet weiterhin die Referendumskampagne“).

⁷ Sein Interview im *Nouvel Observateur* am 28. April ist besonders aufgefallen.

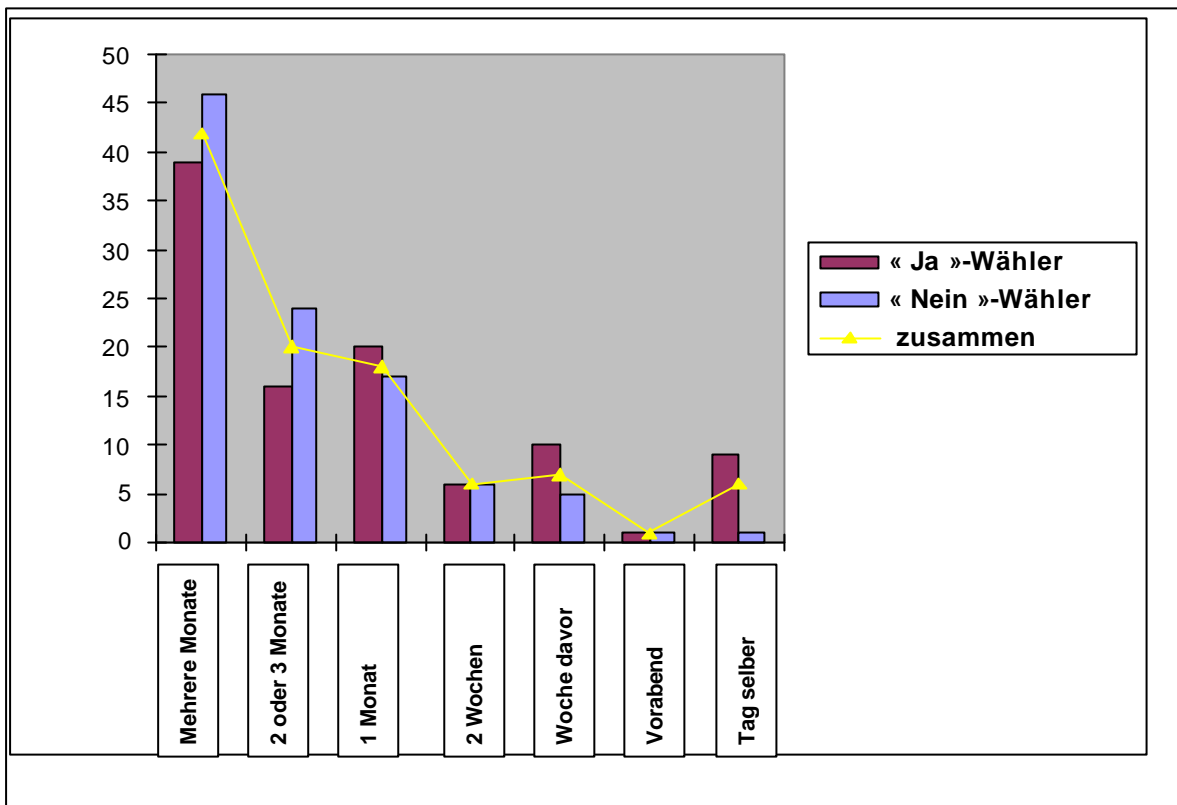
⁸ Über seine Entscheidung sich vom Conseil constitutionnel (Verfassungsrat) zu verabschieden wird sehr viel gesprochen (siehe *Le Monde*, Béatrice Gurrey und Jean-Baptiste de Montvalon, „Simone Veil, en congé du Conseil constitutionnel, va se lancer dans le sauvetage du „oui“, 24.04.05 (Simone Veil, vom Verfassungsrat beurlaubt, setzt sich für die Rettung des « Ja » ein)).

⁹ Seine Ansprache im Fernsehen am 28. April 2005 wird von großer Wirkung sein (siehe *Le Monde* Lionel Jospin revient en patron du PS grâce à la campagne européenne“ („Lionel Jospin wird dank der europäischen Kampagne wieder Vorsitzender der PS“), Isabelle Mandraud 26.04.05)

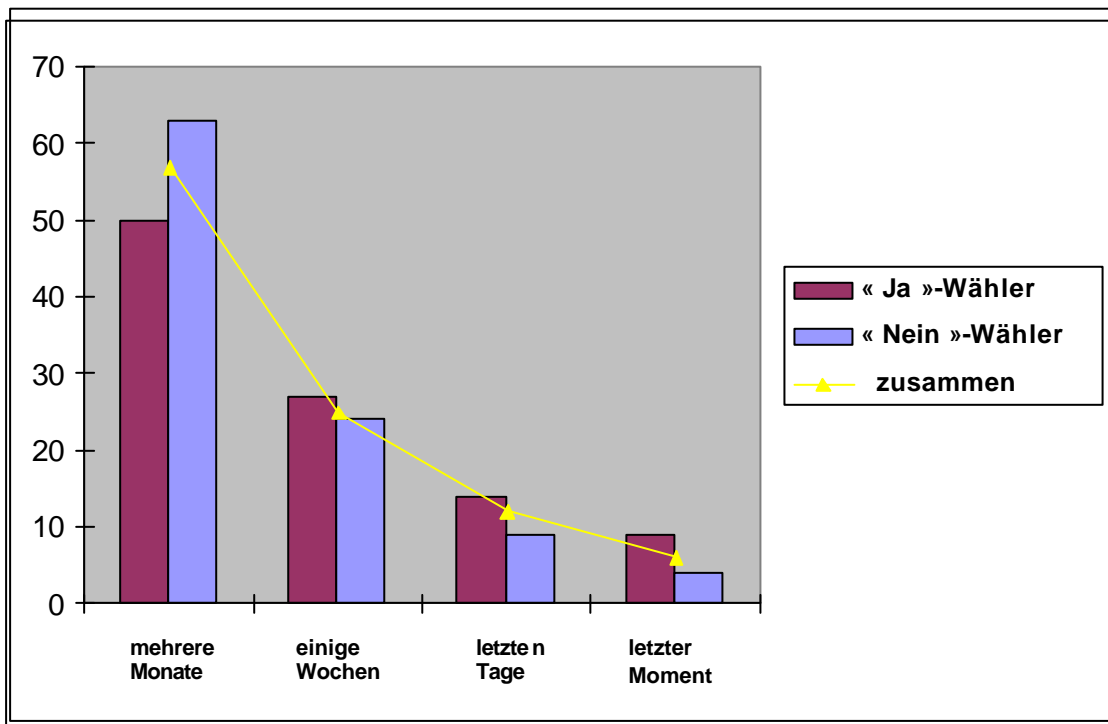
Die Synthese zwischen der Entwicklung der Wahlabsichten im Verlauf dieser vier Phasen und den Daten bezüglich des Zeitpunktes der Wahlentscheidung scheint diese Analyse zu bestätigen. Tatsächlich sieht es so aus als hätte eine große Mehrheit der Befragten ihre Entscheidung sehr oder ziemlich früh getroffen: laut CSA wussten 67% es „von Beginn an“ oder haben sich schon vor „mehr als einem Monat“ entschieden; Louis Harris zufolge „vor mehreren Monaten“ oder „vor zwei bis drei Monaten“; gemäß dem Eurobarometer 58% „zum Zeitpunkt der Verkündung“ oder „ziemlich früh, am Anfang der Kampagne“; laut IPSOS haben sich 57% „vor mehreren Monaten“ entschieden. Unter diesen Personen, die eine frühe Wahl getroffen haben, sind diejenigen, die sich für ein „Nein“ entschieden haben, zahlreicher (den Umfragen zufolge zwischen drei und fünfzehn Prozent mehr als die „Ja“ - Unterstützer). Im Gegenzug haben, dem Grossteil der Umfragen zu Folge, unter denjenigen, die sich erst in den letzten Wochen oder im letzten Moment entschieden haben, mehr mit „Ja“ abgestimmt.



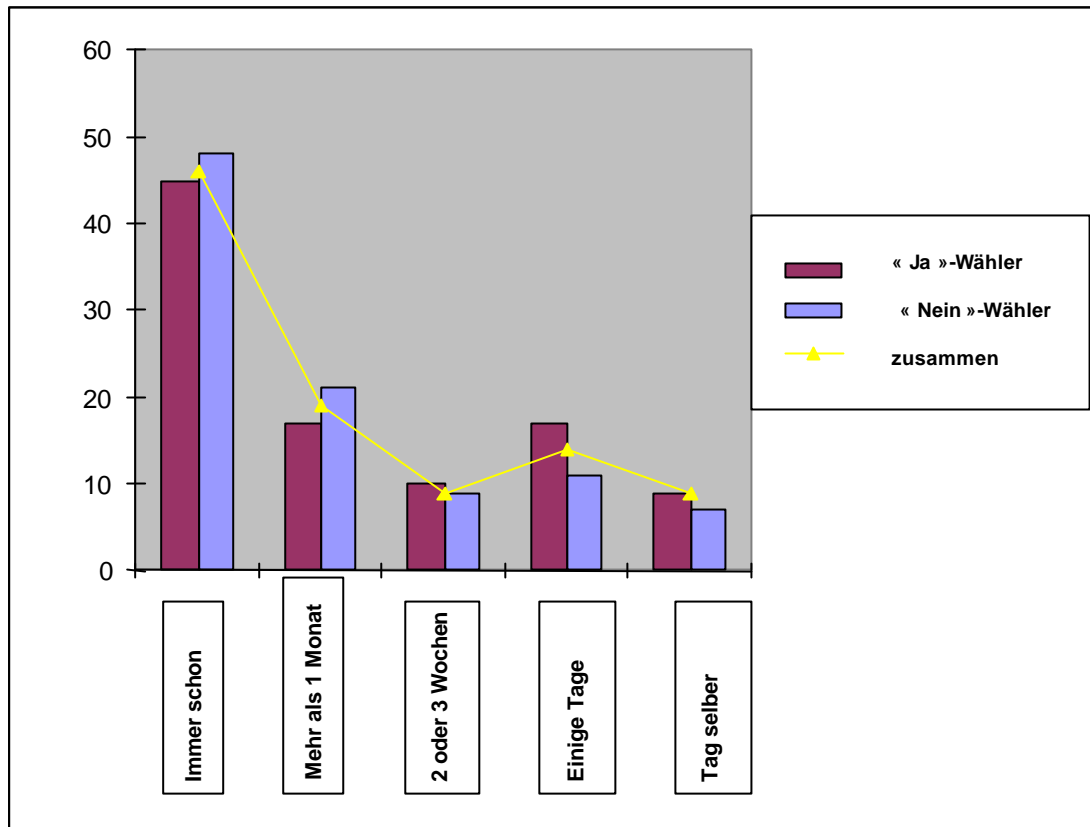
TNS SOFRES



Louis Harris



IPSOS



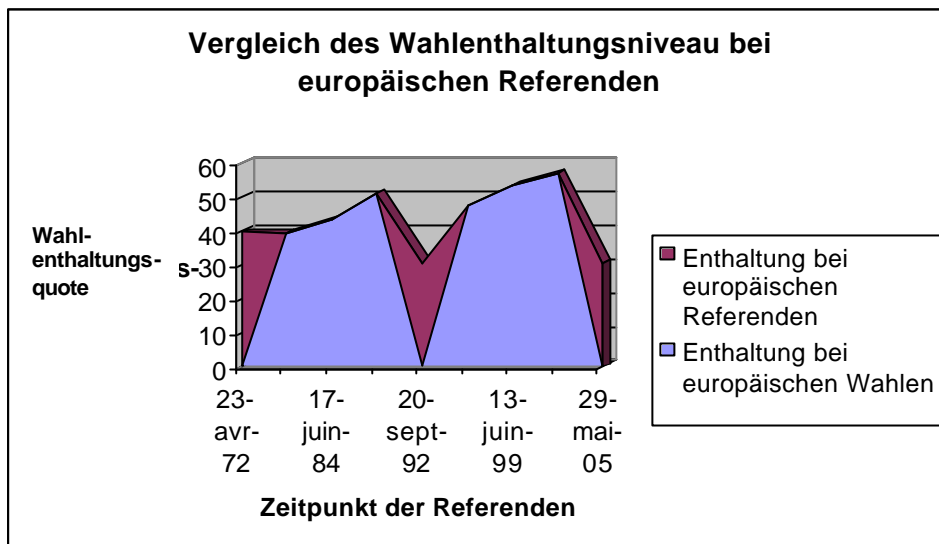
CSA

Die Ergebnisse aus vier nach dem Urnengang durchgeführten Umfragen, die nach dem Wahlgang durchgeführt wurden, scheinen den Angaben des Eurobarometer-Flash zum französischen Referendum zu widersprechen, dem zufolge die größte Diskrepanz zwischen „Ja“ und „Nein“ in den letzten Wochen der Kampagne festgestellt wurde. Sie sind auch hinsichtlich der meisten Umfragen vor dem Referendum kritisch zu betrachten – diese unterstreichen einen Anstieg des „Nein“-Lagers in den letzten Wochen. Wir könnten hier versucht sein, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es gegen Ende des Rennens zu einer leichten Ermüdung des „Nein“ kam. Allerdings erscheint die Annahme, dass es sich dabei um einen starken „Ja“-Schub am Ende handelt, plausibel, wenn nicht sogar noch plausibler. Wir halten als einen der Hauptgründe des „Nein“-Sieges den Einfluß und die Organisation des „Nein“-Lagers fest, die, sehr früh im Prozess ersichtlich, die Waage fast aussichtslos gekippt haben und, dass die späteren Bemühungen des „Ja“-Lager zwar notwendig und nützlich, aber nicht ausreichend waren.

II – DIE ERGEBNISSE

Die ersten Reaktionen am Abend des 29. Mai priesen, unabhängig von der politischen Gesinnung, die hohe Wahlbeteiligung. 69,3% (Eurobarometer-Umfrage) ist gewiss ein beneidenswertes Ergebnis, vor allem, wenn wir dieses mit der Beteiligung am spanischen Referendum vergleichen (Quote von 42,32%). Dieses Ergebnis ist allerdings relativ normal für eine Volksabstimmung. Anne Muxel (2005) betont, dass die allgemeine Wahlbeteiligung bei den in den letzten 30 Jahren durchgeführten 30 Referenden in Europa bei 66,6% lag (bei den Beitrittsreferenden in Dänemark 1972 und in Malta 1990 wurde die höchste Wahlbeteiligung von 90% verzeichnet und die niedrigste von 34% in Irland 2001 anlässlich des ersten Referendums zum Vertrag von Nizza). Frankreich betreffend, erinnert A. Muxel, dass zehn Volksabstimmungen während der V. Republik, hauptsächlich unter Charles de Gaulle, stattgefunden haben. Von den fünf Referenden, die danach abgehalten wurden, ging es bei drei um europäische Fragen (außer dem Verfassungsvertrag, der Beitritt Großbritanniens zur EG und der Vertrag von Maastricht) und diese erzielten eine hohe Wahlbeteiligung (eine höhere als bei nationalen Abstimmungen wie z.B. über Neukaledonien oder über die fünfjährige Präsidentenamtszeit).

Obwohl es immer von großem Interesse ist, die Ursachen der Wahlenthaltung zu untersuchen, widmen wir uns hier mehr der Analyse der abgegebenen Stimmen. A. Muxel merkt übrigens an, dass die Nichtwähler praktisch die Gleichen wie jene von 1992 sind, und dass keine Verbindung zwischen dem Steigen und Sinken der Partizipationsbereitschaft und dem Ansteigen der „Nein“-Wähler besteht. Ohne Zweifel ist es interessant hervorzuheben, dass die Kompliziertheit des Textes allerdings bei Umfragen als Hauptgrund der Wahlenthaltung angegeben wird, jedoch seltener zum Anlass einer negativen Stimme genommen wird, im Gegensatz zum holländischen Fall. Wir können allerdings nicht stillschweigend den flagranten Unterschied zwischen dem progressiven Rückgang der Wahlbeteiligung bei europäischen Wahlen (-17,69% zwischen 1979 und 2004, also ein Sinken von 60,7% auf 43,1%) und der stetig hohen, sogar steigenden Wahlquote bei Volksabstimmungen über europäische Angelegenheiten (60,3% im Jahre 1972, 69,7% 1992, 69,3% 2005) übergehen.



Auch wenn die Hypothese eines „Nein“ mit Näherrücken des 29. Mai immer wahrscheinlicher wurde, hat sein Ausmaß von 54,7% doch viele Beobachter überrascht. Nicht nur, dass zum ersten Mal in der V. Republik bei einem Referendum über Europa mit „Nein“ abgestimmt wurde, wie Chiriqui und Christian (2005) es deutlich machen (68% haben beim Referendum zum Großbritannienbeitritt ein positives Votum abgegeben und 51,04% zum Vertrag von Maastricht im Jahre 1992), sondern es ist auch ein direktes und unmissverständliches „Nein“, das von den Wahlurnen hervorgegangen ist (es ist in diesem Fall das deutlichste „Nein“ in der Geschichte der V. Republik, da der vorhergehende Rekord anlässlich der Volksabstimmung von 1969 über die Senatsreform bei 52,41% lag). Die folgende Tabelle vergleicht die Ergebnisse vom 29. Mai mit jenen von 1992:

	1992	2005
Ergebnisse	51,04% für das „Ja“	54,68% für das „Nein“
Wahlbeteiligung	69,69%	69,37%
„Nein“-Stimmen	12 632 816	15 422 145
Departements, die « Nein » gewählt haben (von insgesamt 90)	53	84
Regionen, die « Nein » gewählt haben (von insgesamt 22)	13	18

ÜBERDRAMATISIERTE INTERPRETATIONEN VERMEIDEN.....

Das Ausmaß dieses „Nein“ darf uns hingegen nicht zu einer Überdramatisierung des Ereignisses verleiten. Einerseits ist ein Referendum als Instrumentarium der direkten Demokratie empfindlich, anfällig für populistisches Abgleiten und meistens schlecht vorbereitet. Andererseits hat ein Teil der „Nein“-Partisanen in einer sicherlich nicht unparadoxen Vorgehensweise als Grund ihrer Ablehnung des Verfassungsvertrages ihr Festhalten am europäischen Einigungsprozess angegeben. Außerdem bleiben die Daten zur Befürwortung des Aufbaus Europas im Allgemeinen ermutigend. Dieses französische „Nein“ kann also auf keinen Fall als ein „Stopp der europäischen Integration“ interpretiert werden.

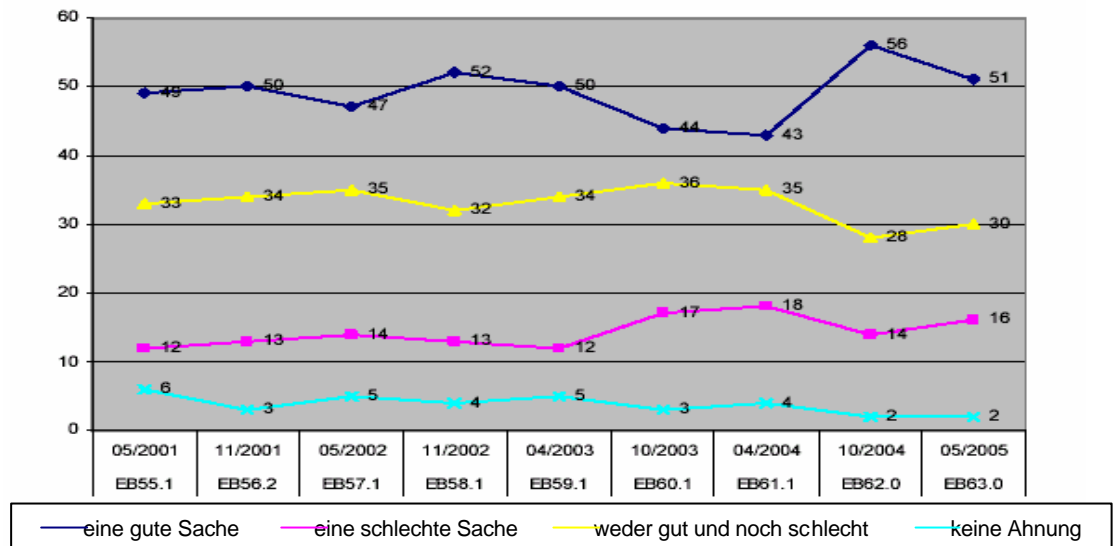
Bevor die Ursachen des „Nein“ erörtert werden, ist es ohne Zweifel sinnvoll, sich einige Daten in Erinnerung zu rufen, welche die Zustimmung des französischen Volkes am europäischen Projekt bekräftigen. Zwischen dem 6. und 20. April hat das Institut CSA eine Stichprobe junger Menschen in der Altersgruppe von 18-24 Jahren befragt, eine Gruppe, die, wie wir später noch sehen werden, sich für das „Nein“ entschieden hat. Auf die Frage „Sehen Sie Europa für Sie als Chance an?“, gaben 79% eine positive Antwort. Laut einer Eurobarometer-Umfrage nach dem Referendum schätzten 88% der Franzosen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache ein, unter diesen haben 99% mit „Ja“ und 83% mit „Nein“ abgestimmt. Die Postreferendum-Umfrage des CSA stellt außerdem fest, dass sich 78% sich im Hinblick auf den Aufbau Europas als enthusiastisch und zuversichtlich bezeichnen (80% enthusiastisch und 78% zuversichtlich), während bei der IPSOS-Umfrage 72% der Fortführung des europäischen Aufbaus (ganz oder eher) wohlgesinnt sind.

Es ist ebenfalls bekannt, dass nicht die Idee einer Europäischen Verfassung von den Franzosen abgelehnt wurde:

Dem Eurobarometer zu folge haben 75% der Befragten angegeben, dass diese für die Weiterführung des europäischen Aufbaus unerlässlich wäre, 90% der „Ja“- und 66% der „Nein“-Wählerschaft. Es scheint, dass speziell dieses Projekt den Wünschen einer Mehrheit der Franzosen widerspricht. Laut IPSOS fanden 41% am Tag nach der Wahl, dass dieses Verfassungsprojekt ein gutes sei, im Gegensatz zu 48% die es als schlecht bezeichneten (zu bemerken ist, dass die Werte für den Vertrag von Maastricht jeweils bei 46% und bei 49% lagen). Die Unterstützung der Idee einer Verfassung durch einen großen Teil der französischen Bevölkerung wurde ebenfalls bestätigt, da 65% der nach dem 29. Mai vom CSA befragten Personen den Wunsch äußerten, dass Frankreich die Erarbeitung einer neuen Verfassung fordere – von diesen gehörten 67% den „Ja“- und 64% den „Nein“-Wählern an.

Schließlich zeigen die Ergebnisse des Eurobarometers über mehrere Jahre hinweg eine gewisse Stabilität bezüglich der öffentlichen Meinung in Frankreich in Hinsicht auf die Zugehörigkeit zur EU:

Denken Sie im Allgemeinen, dass die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU gut, schlecht oder weder noch ist (Trend)?



Eurobarometer Frühling 2005

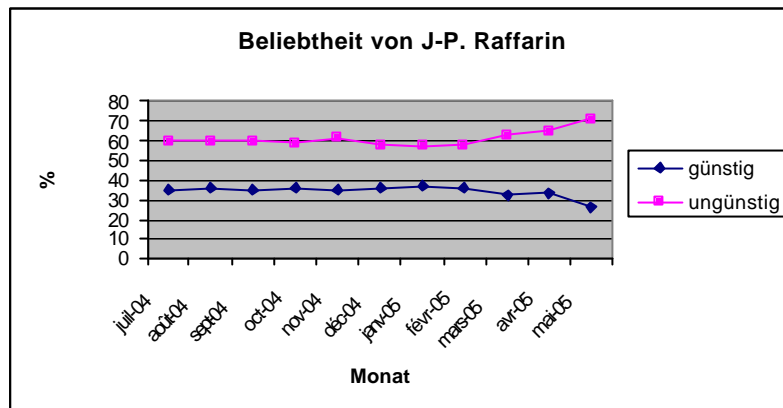
...ABER DIE AUSWIRKUNGEN DES VOTUMS ERKENNEN

Unter den verschiedenen Elementen der Analyse des negativen Votums, betrachten wir zunächst die Faktoren, die am substanziellsten erscheinen und am schwierigsten vom spezifischen französischen Kontext zu trennen sind. Von diesen gelangen wir dann zu jenen, die im europäischen Kontext die tiefgreifendsten und strukturiertesten sind. Wir widmen uns ebenfalls Ursachen von kurzfristiger Dauer als auch Besorgnissen, deren Wurzeln und Konsequenzen als langfristig erscheinen.

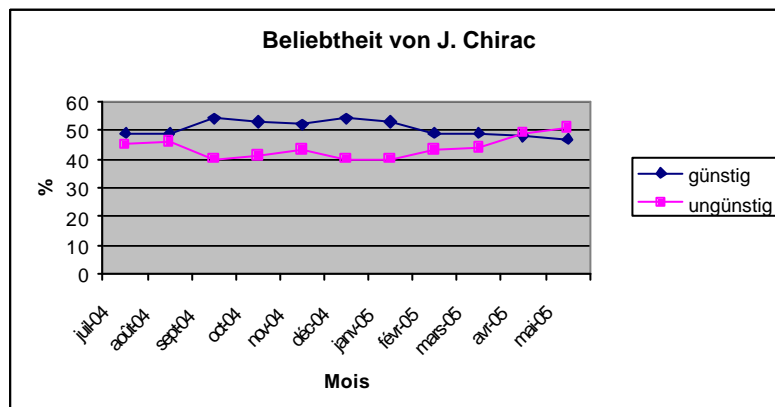
EIN KURZFRISTIG UNGÜNSTIGER POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

Es ist für niemanden eine neue Erkenntnis, dass die Prognosen für ein Referendum offensichtlich von dessen Initiator und von der momentanen Konjunktur abhängig sind. Bezüglich der Konjunktur haben wir den sozialen Kontext, der die Kampagne begleitet hat, bereits erwähnt. Die wirtschaftlichen Indikatoren waren ebenfalls nicht die besten und wie es B. Cautres (Laurent, Sauger, 2005) hervorhebt, ist das Vertrauen zur europäischen Integration sehr stark mit dem wirtschaftlichen Klima verbunden. Wir können vor allem eine Abhängigkeit der pro-europäischen Haltung von der Arbeitslosenrate beobachten. P. Perrineau (2005) signalisiert, dass im März die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit fünf Jahren die Schwelle von 10% überschritten hat und, dass der wirtschaftliche und soziale Kontext in einem seit vier Jahren besonders spürbaren pessimistischen Klima eingebettet ist (Eine Umfrage des Instituts TNS Sofres von Mai zeigt, dass 76% der Befragten denken, dass die allgemeine Situation tendenziell immer schlechter werden wird).

Hinzu kommt, dass das Vertrauen in die Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, seinen Tiefpunkt erreicht hat (90% der Befragten antworteten bei der gleichen Umfrage von TNS Sofres, dass sie die Vorgehensweise der Regierung als nicht effizient erachten). Die Popularität der Regierung, des Initiators des Referendums, spielt im Allgemeinen eine wichtige Rolle. Die Regierung Raffarin hat während der Kampagne alle Rekorde der Unbeliebtheit geschlagen, was die zwei nachfolgenden Beliebtheitskurven von J-P Raffarin und J. Chirac bezeugen.



Die Umfragen nach dem Wahlgang besagen ebenso, dass die Opposition gegen die Regierung und J. Chirac einer der Gründe für ein negatives Votum war und dass eine große Mehrheit sich nach dem Referendum an der Stelle von J-P Raffarin einen anderen Premierminister wünschte¹⁰.



¹⁰ Nach Louis Harris haben 25% die Option „Drücken Sie Ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung aus“ und 14% „.....mit Jacques Chirac“ gewählt; laut IPSOS haben 24% gemeint „das ist die Möglichkeit sich der Regierung und J. Chirac entgegenzustellen“, davon waren 22 von der PCF, 26 PS, 15 Verts, 23 UDF, 11 UMP, 38 FN/MN, 19 keine Partei. Die IPSOS-Umfrage besagt außerdem, dass 23% der befragten Personen nach dem Referendum sich wünschten, dass JP Raffarin seinen Posten beibehält, wohingegen 61% wollten, dass er ersetzt wird und 16% es nicht wussten.

Dieses Oppositionsverhalten gegenüber der Regierung ist natürlich auch auf politischem Niveau sichtbar. Insofern ist es deutlich, dass die Ergebnisse vom 29. Mai bezüglich der Kräfteverteilung zwischen Regierung und Opposition fast umgekehrt sind als jene von 1992. Wie von Chiriqui und Christian (2005) betont, haben 2005 75% der UMP-Sympathisanten und 80% der Anhänger der Union Pour la Démocratie Française (UDF) mit „Ja“ gewählt, wohingegen sich auf der sozialistischen Seite 59% für das „Nein“ entschieden haben und 60% bei den Verts. Während 1992 61% der UDF-Anhängerschaft, 78% der Sozialisten und 60% der Verts-Wähler mit „Ja“ gewählt haben. Der Rassemblement Pour la République (RPR), damals in Opposition, war gespalten und hat zu 59% „Nein“ gewählt.

Die Bedeutsamkeit der Präsidentschaftswahlen in Frankreich trägt darüber hinaus zur Schaffung eines besonderen politischen Klimas bei. Neben der Tatsache, dass sich gewisse Sympathisanten der Linken an die Präsidentschaftswahlen von 2002 erinnerten und „kein zweites Mal Chirac“¹¹ wählen wollten, bildete diese den ausschlaggebenden Hintergrund zum Verständnis gewisser strategischer Positionierungen politischer Akteure.

Die Feindseligkeiten begannen in der PS, da viele die Position von L. Fabius als Startschuss für seine Präsidentschaftskampagne ansahen, sein „Nein“ sollte sein Image als Staatsmann und Mann des Volkes schaffen. Angesichts dieser Haltung bevorzugte die Mehrheit der möglichen Präsidentschaftskandidaten der PS (J. Lang, M. Aubry, D. Strauss-Kahn....) eine abwartende Haltung einzunehmen und die Linie der Partei und das „Ja“ zu unterstützen. Die Hauptführer der extremen Linken (O. Besancenot, M-G. Buffet und J. Bové) haben diese Kampagne, mit Ausnahme von Arlette Laguiller, als Prüfstein für ihre Kampagne 2007 benutzt. Schließlich kamen im rechten Lager persönliche Strategien diskreter zum Vorschein, da sich die anderen Bewerber, nachdem Nicolas Sarkozy und François Bayrou bereits mehr oder weniger eindeutig ihre Absichten für 2007 bestätigt hatten, aus Loyalitätsgründen dem Oberhaupt des Staates gegenüber zurückgehalten haben. Dieses Vakuum wurde für die Führer der extrem Rechten (Ph. De Villiers und J-M. Le Pen) zum Vorteil, auch wenn Postreferendumsumfragen zeigen, dass die Anhänger der UMP und der UDF die Wahlvorgabe größtenteils respektiert haben.

DIE SOZIOWIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN MISSSTÄNDE FASSEN WURZELN

Der Ausgang der Volksabstimmung vom 29. Mai wurde natürlich nicht alleine von Popularitätsfragen, wirtschaftlichen Daten und kurzfristigen strategischen Vorgangsweisen bestimmt. Ein chronologischer Überblick und der Vergleich der Ergebnisse vom 29. Mai mit jenen der Abstimmung von 1992 über den Vertrag von Maastricht, ja sogar mit denen der Präsidentschaftswahl 2002, zeigt strukturiertere Fakten, die daher für die Entwicklung des politischen Klimas in Frankreich, aber auch für die Zukunft des europäischen Aufbaus beunruhigender sind.

¹¹ Zur Erinnerung, J. Chirac stand in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl 2002 JM Le Pen, dem Kandidaten der extrem Rechten gegenüber.

Obwohl diese Fakten einer sehr nationalen Wirklichkeit entsprechen, haben sie einen umso höheren Erkenntniswert, da, laut CSA, nur 36% der Wähler angeben, die nationalen Probleme berücksichtigt zu haben, während 59% an den europäischen Aufbau gedacht haben. Die „Nein“-Wähler haben öfters die nationalen Verhältnisse berücksichtigt (81% der „Ja“-Wähler haben an den europäischen Aufbau gedacht und 15% die nationalen Probleme, während die Zahlen für die „Nein“-Wählerschaft im Verhältnis von 42 und 52% stehen). In gleicher Weise lässt diese CSA-Umfrage erkennen, dass die soziale Situation in Frankreich für die Wähler am meisten gezählt hat (41% haben diesen Grund genannt und an zweiter Stelle mit nur 26% kam der Gedanke hinsichtlich der Rolle Frankreichs in Europa). Während für 22% der „Ja“-Anhängern dieser Grund wichtig war, waren es auf der Gegenseite 55%¹².

Woran würden Sie bei einer heutigen Stimmenabgabe denken?

	Gesamtheit der Wähler (in %)	« Ja »-Stimmen	« Nein »-Stimmen	Leere oder ungültige Stimmzettel
Die soziale Situation in Frankreich	41	22	55	48
Die Rolle Frankreichs in Europa	26	39	17	17
Die Stelle Europas in der Welt	24	51	4	7
Der Inhalt des Verfassungstextes	21	18	23	21
Der mögliche Beitritt der Türkei	14	7	20	16
Die liberale oder soziale Richtung der europäischen Politik	13	10	17	11
Die Globalisierung	11	10	11	12
J. Chirac und die Regierung	8	6	10	7
Der Erweiterungsprozess Europas auf 25	8	6	9	12
Die Argumente der verschiedenen Parteien für das „Ja“ oder das „Nein“	5	4	6	6
Keine Ahnung	5	4	5	13

Umfrage des CSA-Instituts nach dem Urnengang.

¹² IPSOS zu Folge haben 52% der „Nein“-Wähler diese Wahl getroffen, weil sie „mit der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Frankreich“ unzufrieden sind“ (davon waren 57 von der PCF, 54 PS, 59 Verts, 63 UDF, 40 UMP, 54 FN/MN, 40 keine Partei). Laut TNS Sofres wollten 40% „ausdrücken, dass sie hinsichtlich der aktuellen Situation die Schnauze voll haben“ und laut Louis Harris, „im Allgemeinen die Schnauze voll haben“. Schließlich glaubten, laut TNS Sofres 46%, dass der Verfassungsvertrag die Arbeitslosigkeit in Frankreich verschlimmern würde.

Welche Themen waren für Sie bei der Stimmenabgabe wichtig?

	Gesamtheit der Wähler (in %)	« Ja »-Stimmen	« Nein » Stimmen	Leere oder ungültige Stimmzettel
Die soziale Situation in Frankreich	41	22	55	48
Die Rolle Frankreichs in Europa	26	39	17	17
Die Stelle Europas in der Welt	24	51	4	7
Der Inhalt des Verfassungstextes	21	18	23	21
Der mögliche Beitritt der Türkei	14	7	20	16
Die liberale oder soziale Richtung der europäischen Politik	13	10	17	11
Die Globalisierung	11	10	11	12
J. Chirac und die Regierung	8	6	10	7
Der Erweiterungsprozess Europas auf 25	8	6	9	12
Die Argumente der verschiedenen Parteien für das „Ja“ oder das „Nein“	5	4	6	6
Keine Ahnung	5	4	5	13

Umfrage des CSA-Instituts nach dem Urnengang

Demographische, sozioökonomische, territoriale und politische Analysen des „Nein“ enthüllen tatsächlich einige Gegensätze, die zwar jenen von 1992 ähnlich sind, sich jedoch dreizehn Jahre nach dem ersten Referendum noch akzentuiert haben

Zuerst betrachten wir den Generationsunterschied: Die Entscheidung für das „Nein“ sowie ein Schwinden der Zustimmung im Vergleich zum Vertrag von Maastricht zeigt sich in allen Altersgruppen mit Ausnahme der Senioren (über 65 Jahre). Die Zahlen variieren ein wenig von Umfrage zu Umfrage, aber alle zeigen, dass in der Altersgruppe der 35-54-Jährigen die größte Ablehnung gegen den Verfassungsvertrag vorherrscht (zwischen 61% und 65%). Wenn wir uns auf die Ziffern von IPSOS berufen, so wurde dieses Ergebnis zumindest teilweise bereits durch das Wahlverhalten der 25-34-Jährigen 1992 vorbestimmt, die damals als einzige Altersgruppe mehrheitlich mit „Nein“ gestimmt hatten (47,8% für ein „Ja“ und 52,2% für ein „Nein“).

Diese auffallende Ähnlichkeit zwischen den Ergebnissen von 1992 und 2005 für die Altersgruppe von 25-34 Jahren erklärt zweifellos, dass man am Tag nach den Ergebnissen dem „Nein“ der 18-24-Jährigen eine besondere Bedeutung beigemessen hat. Tatsächlich hat diese Gruppe, laut IPSOS, zu Gunsten des Maastricht-Vertrages gestimmt (50,7% mit „Ja“). Es ist verständlich, dass das „Nein“ der Generation, welche die Hoffnungen des zukünftigen Europas darstellt, besonders alarmierend ist. Wenn man dieses jedoch genauer betrachtet, dann ist das Wahlverhalten der 18-24-Jährigen im Vergleich zu den anderen Generationen nicht

übermäßig auffällig. Hervorstechend ist besonders die Zunahme des „Ja“-Lagers unter den 55-Jährigen und seine Bekräftigung bei den über 65-Jährigen, die sogar die Resultate des Referendums zum Vertrag von Maastricht übertrifft (laut IPSOS, 56% der 60-69-Jährigen und 58% der über 70-Jährigen haben für den Verfassungsvertrag gestimmt, während 54,6% der über 65-Jährigen für den Vertrag von Maastricht).

Zwei Aspekte scheinen bezüglich dieser Generationsunterschiede Klarheit bringen zu können. Einer verweist auf die Wurzeln des europäischen Aufbaus – das große Friedensprojekt zwischen den Staaten und den Völkern, dessen Größe und Intensität von den Generationen, die den Krieg fast gar nicht oder überhaupt nicht miterlebt haben, zweifellos immer weniger geschätzt wird. Der zweite ist mit sozioökonomischen Faktoren verknüpft, deren detailliertere Betrachtung wir in der unterstehenden Tabelle sehen können. Wenn die Arbeitslosigkeit die Hauptsorge der meisten „Nein“-Anhänger ist, dann ist es nicht weiter verwunderlich, dass die zahlreichsten in den Altersgruppen vertreten sind, welche die arbeitsfähige Bevölkerung umfassen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, kann der „Umschwung“ der 18-24-Jährigen, unter Berücksichtigung der zuvor erwähnten Vorbehalte, mit der höheren und schneller ansteigenden Arbeitslosenrate in dieser Alterskategorie erklärt werden¹³.

Tabelle der Stimmen nach Altersgruppen :

	CSA			IPSOS		SOFRES		Eurobaromètre	
	Ja	Nein	Leer oder ungültig	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
18-20	38	62	3	44	56	41	59	41	59
21-24	38	62	3						
25-29	38	62	3	45	55	41	59	43	57
30-34	41	59	2						
35-39	39	61	2						
				39	61	¹⁴ /	/		

¹³ De Tageszeitung *La Croix* (2005) unterstreicht, dass die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen, welche im März bei 23,1% lag, innerhalb eines Jahres um 4,5% angestiegen ist, wohingegen für die Gesamtheit der Bevölkerung die Arbeitslosenrate von 10,2% im gleichen Zeitraum einen Anstieg von 2% erlebt hat.

¹⁴ SOFRES anhand der verschiedenen Altersgruppen

	oui	Non
35-49	35	65
50-64	45	55
65 et +	63	37

40-44	38	62	2			/	/	37	63
45-54	39	61	2	¹⁵ /	/	/	/		
55-64	49	51	1	/	/	/	/	54	46
65-74	57	43	2	/	/	/	/		
75 et +	55	45	2	/	/	/	/		

Als nächstes erörtern wir den sozioökonomische Spaltung: Während die Unterstützung des „Ja“ seit 1992 in allen sozioprofessionellen Kategorien gesunken ist, konnten beim Vertrag von Maastricht beachtliche Abhängigkeiten des Wahlverhaltens abhängig vom Ausbildungsniveau, dem Beruf oder der Stellung des Befragten identifiziert werden. Die Berufsgruppen der untersten Einkommenskategorien haben wie im Jahre 1992 „Nein“ gewählt, aber dieses Mal noch viel deutlicher (laut IPSOS haben die Arbeiter zu 79% mit „Nein“ abgestimmt, was einem Zuwachs von 18 Punkten entspricht, die Angestellten zu 67%, was einen Anstieg von 14 Punkten bedeutet). IPSOS zeigt ebenfalls, dass die Arbeitslosen zu 71% mit „Nein“ abgestimmt haben, d.h. 12 Punkte mehr als 1992.

Als nächstes erörtern wir den sozioökonomische Spaltung: Während die Unterstützung des „Ja“ seit 1992 in allen sozioprofessionellen Kategorien gesunken ist, konnten beim Vertrag von Maastricht beachtliche Abhängigkeiten des Wahlverhaltens abhängig vom Ausbildungsniveau, dem Beruf oder der Stellung des Befragten identifiziert werden. Die Berufsgruppen der untersten Einkommenskategorien haben wie im Jahre 1992 „Nein“ gewählt, aber dieses Mal noch viel deutlicher (laut IPSOS haben die Arbeiter zu 79% mit „Nein“ abgestimmt, was einem Zuwachs von 18 Punkten entspricht, die Angestellten zu 67%, was einen Anstieg von 14 Punkten bedeutet). IPSOS zeigt ebenfalls, dass die Arbeitslosen zu 71% mit „Nein“ abgestimmt haben, d.h. 12 Punkte mehr als 1992.

Andererseits haben die Führungskräfte und die Akademiker den Vertragsentwurf für die Europäische Verfassung wie 1992 zu 65% unterstützt. Die Unterstützung für das „Ja“ nimmt mit steigendem Ausbildungsniveau zu (nach IPSOS haben die Wähler, die drei oder mehr Jahre nach der Hochschulreifeprüfung studiert haben zu 64% „Ja“ gewählt, während diejenigen mit einem niedrigen Schulabschluss zu 65% mit „Nein“ gestimmt haben). Bedeutsam ist hingegen die Kursänderung der Angestellten des öffentlichen Dienstes, welche zu 64% gegen den

¹⁵ IPSOS anhand der verschiedenen Altersgruppen:

	Ja	Nein
45-59	38	62
60-69	56	44
70 et +	58	42

Verfassungsvertrag gestimmt haben (IPSOS, CSA und SOFRES), obwohl sie 1992 zu 51% für Maastricht waren.

Das verstärkte negative Votum der unteren Einkommensklasse ist mit der Tatsache zu erklären, dass diese sich von der wirtschaftlichen und sozialen Krise als auch von den Phänomenen der Delokalisierung besonders betroffen fühlen. Das Votum der unteren Einkommensklassen hängt oft von Gehaltsproblemen und ihrer Kaufkraft ab. Eine IPSOS-Umfrage zeigt einen bedeutenden Unterschied zwischen Haushalten mit einem Einkommen von über 3000 Euro, die das „Ja“ zu 63% unterstützen und jenen Einkommen unter 3000 Euro, bei welchen die Zustimmung nur bei 35% bis 42% liegt. Das allgemeine Misstrauen unter den Angestellten verdeutlicht deren Besorgnis über ein Europa, dem sie für einen unzureichenden Schutz vor den Folgen der Globalisierung vorwerfen, und über den Rückzug des öffentlichen Dienstes.

Tabelle der Stimmen nach sozioprofessionellen Kategorien

		CSA			IPSOS		SOFRES		Eurobaromètre	
		Ja	Nein	Leer/ungültig	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Landwirte		/	/	/	30	70	/	/	/	/
Industrie-und Handelsleiter		47	53	2	/	/	/	/	/	/
Freiberufler, Akademiker		60	40	1	65	35	62	38	/	/
Führungskräfte		67	33							
Mittlere Angestellte		43	57	2	47	53	46	54	/	/
Angestellte		34	66	3	33	67	40	60	55	45
Einfache Angestellte		29	71	2	21	79	19	81	24	76
Arbeitslose					29	71	21	79		
Pensionisten		52	48	2	56	44	60	40		
Andere Tätigkeit		43	57	2	/	/	42	53		

		CSA			IPSOS		SOFRES		Eurobaromètre	
		Ja	Nein	Leer/ungültig	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Angestellte	privatwirtschaftlich	42	58	2	44	56	39	61	/	/
	Öffentlich Bedienstete	34	64	2	36	64	36	64	/	/

Tabelle der Stimmen anhand des Ausbildungsniveaus

	CSA			IPSOS		SOFRES	
	Ja	Nein	Leer/ungültig	Ja	Nein	Ja	Nein
Ohne Abschluss	38	62	2	28	72	40	60
Niedriger Schulabschluss	37	63	2	35	65	32	68
Bakkalauriat	46	54	2	47	53	41	59
Hochschulreifeprüfung + 2	52	48	2	54	46	57	43
Mindestens Hochschulprüfung+3	67	33	1	64	36		

Stimmen nach Haushaltseinkommen (laut IPSOS)

	Oui	Non
Unter 1000 Euros	40	60
Zwischen 1000 und 2000 Euros	35	65
Von 2000 bis 3000 euros	42	58
Mehr als 3000 euros	63	37

Alle Analysen zeigen ebenfalls eine **territoriale Spaltung**: Diese wurde, sicherlich ein wenig klischeehaft, als Kluft zwischen Land- und Stadtbevölkerung dargestellt: Die Landbevölkerung hat weitgehend mit „Nein“ gestimmt, während die Stadtbewohner eher dem „Ja“ zugeneigt waren. Eine IPSOS-Umfrage nach dem Urnengang belegt, dass das „Nein“ mit abnehmender Bevölkerungsdichte ansteigt.

Stimmen nach Haushaltseinkommen (IPSOS)

	IPSOS		Eurobaromètre	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Landgebiet	43	57	39	61
Weniger als 20 000 Einwohner	40	60	41	59
Zwischen 20 000 und 100 000 Einwohner	43	57		
Mehr als 100 000 Einwohner	45	55	53	47
Pariser Ballungsraum	55	45		

Das „Nein“ der Landbevölkerung wurde bereits 1992 identifiziert, aber es scheint sich in den letzten 13 Jahren verstärkt zu haben (laut IPSOS, 49,7% 1992 und 57% 2005). Das „Nein“ der Landwirte ist ebenfalls angestiegen: von 62,2% beim Vertrag von Maastricht auf 70% beim Verfassungsvertrag. 1992 ging das „Ja“ der Stadtgebiete Hand in Hand mit dem der Regionen, die, so Levy (2005), „gegenüber dem zentralistischen Staat nach mehr Autonomie strebten“ oder katholisch geprägt waren. 2005 hat sich die Zustimmung dieser Gebiete bedeutend verringert. Im Vergleich zu 1992 ist in der Bretagne ein Rückgang des „Ja“ von 9 Punkten zu beobachten und ein Rückgang von 12 Punkten im Elsass. Levy identifiziert jedoch auch einige ländliche Gegenden, in denen das „Ja“ an Stärke gewonnen hat (Cotentin, Maine, Vendée, Cantal). Der Autor beschreibt diese Regionen als solche, die religiöse Traditionen pflegen, ohne jedoch regionalistische Ansprüche zu erheben, die bei einem Referendum, das von einer rechten Regierung ausgerufen wurde, entstehen hätten können“.

Das urbane „Ja“ ist gestärkt aus dem 2005-Referendum hervorgegangen. Während der Grossteil der Städte mit „Ja“ abgestimmt hat, wurde gleichzeitig deutlich, dass der Anteil der „Ja“-Stimmen sinkt, je mehr man sich von den Stadtzentren in die Außenbereiche begibt, insbesondere in den Regionen Languedoc-Rousillon, Auvergne, Aquitaine, Burgund und Lothringen. Levy (2005) merkt übrigens an, dass sogar in den Städten die dem „Nein“ geneigt waren, wie Lille oder Montpellier, die Wahlgemeinden des Stadtzentrums häufiger mit „Ja“ gestimmt haben, als jene des Stadtrands. Nur Marseille, wie auch in kleinerem Ausmaße Toulon und Nizza, bestätigen als Ausnahme die Regel. Paris zeichnet sich durch sein massives „Ja“ von 66,5% aus, das durch eine Wahlbeteiligung von 75% noch unterstrichen wird.

Diese territorialen Daten müssen natürlich mit den sozioökonomischen Faktoren in Zusammenhang gestellt werden. H. Le Bras und J. Levy (2005) merken in dieser Hinsicht an, dass sich 14 von den 16 Departements mit der höchsten „Nein“-Quote an der Nord-Ost-Grenze und an der Mittelmeerküste konzentrieren. Diese beiden Regionen sind am stärksten von Arbeitslosigkeit, Armut und dem Phänomen der Ein-Eltern-Familien betroffen. Sie lokalisieren noch einen weiteren breiten Landstreifen, in dem man eine große Anzahl von „Nein“-Anhängern anfindet. Dieser Streifen, der sich von Garonne bis Champagne-Ardenne erstreckt, wo die sozialen Probleme weniger akut sind, scheint der Beifall für das „Nein“ einen Umschwung der mittleren Bevölkerungsschichten darzustellen. Zur Erklärung dieser territorialen Unterschiede können zweifellos auch andere identitätsbezogene Aspekte herangezogen werden, welche im dritten Teil dieses Kapitels erörtert werden.

Abschließend zeichnet sich in den Analysen der Ergebnisse eindeutig eine politische Spaltung ab. Obwohl die Mitglieder der PS beim internen Referendum am 1. Dezember zu 58% für den Verfassungsvertrag waren, haben sich, laut IPSOS, 56% der sozialistischen Anhänger am 29. Mai zugunsten des „Nein“ entschieden (im Gegensatz zu 78% für den Vertrag von Maastricht). Der Wandel bei den Grünen ist ebenfalls bemerkenswert. 60% der Grünen haben das „Nein“ gewählt, 1992 haben sich 57% für das „Ja“ entschlossen. Der Rekord der Linken wurde allerdings von den Kommunisten geschlagen, die zu 95% (laut IPSOS bis zu 98%) ihre „Nein“-Stimme abgegeben haben. Dieses Ergebnis entspricht im rechten Lager dem Wahlverhalten

der extrem Rechten (FN), die das „Nein“ zu 93% gewählt haben. 63% der linken Parlamentarier haben das „Nein“, 73% der rechten Parlamentarier das „Ja“ bevorzugt.

Tabelle der Stimmen nach politischer Orientierung

	CSA			IPSOS		SOFRES		Eurobaromètre	
	Ja	Nein	Leer/ungültig	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Extrem links	14	86	1	6	94	/	/	/	/
Links	39	61	2	37	63	35	55	/	/
von der PC (<i>Parti Communiste</i>)	8	92	1	2	98	5	95	6	94
von der PS	48	52	2	44	56	41	59	39	61
von denVerts	39	61	3	43	60	36	64	39	61
Rechst	79	21	1	73	27	65	35	65	35
von der UDF	82	18	1	76	24	76	24	75	25
von der UMP	94	16	1	80	20	76	24	75	25
von der RPF/MPF	36	64	4	25	75	/	/	/	/
Front national / MNR	17	83	1	7	93	4	96	5	95
Richtungslos	34	66	4	31	69	39	61		

Tabelle der Stimmen nach Gewerkschaftsnähe (laut IPSOS)

	Ja%	Nein%
CGT	22	78
FO	25	75
CFDT	57	43
CGC-CFE	85	15
CFTC	65	35
UNSA	49	51
SUD	21	79
Keine Gewerkschaft	46	54

Die Zusammensetzung der „Nein“-Stimmen laut IPSOS ist ebenfalls sehr aussagekräftig:

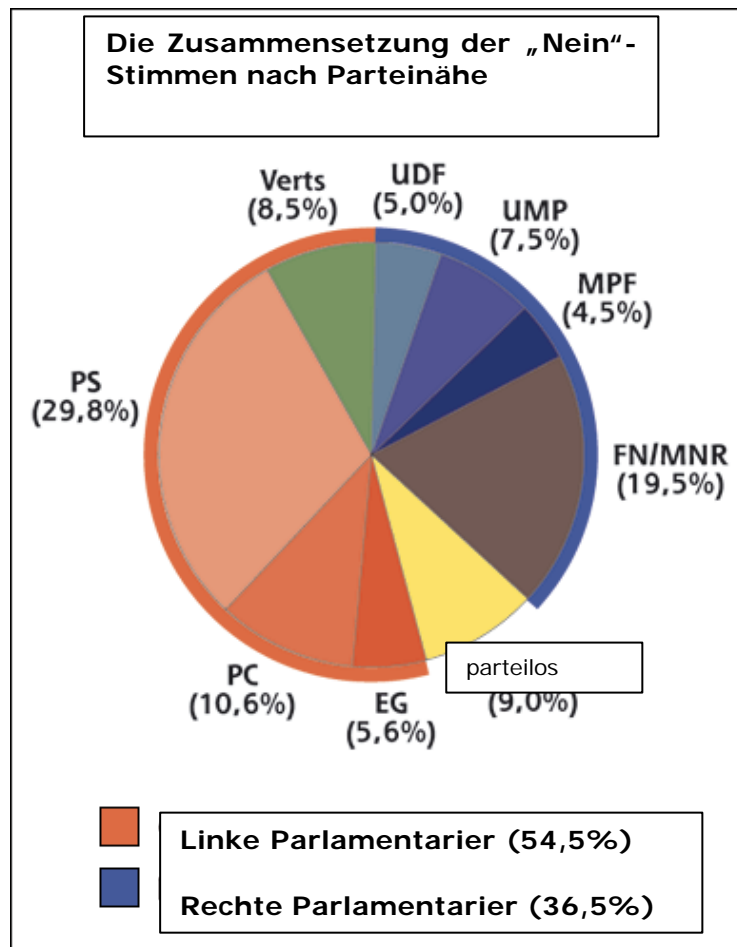


Figure 1

IPSOS, sondage de sortie des urnes

Von einem allgemeinen „Nein der Linken“ zu sprechen, wie es einige Kommentatoren getan haben, ist jedoch ein zu schneller Rückschluss. Der fast mechanische Effekt des Phänomens der „Regierungs-Opposition“ ist nicht zu unterschätzen (wie die „Spiegel-Ergebnisse“ von 1992 beweisen) und er wird durch den Rückblick auf die zuvor erwähnten „umgekehrten“ Resultate, bekräftigt. Außerdem bleibt die Diskrepanz „Zentrum-Peripherie“, welche immer schon die unterschiedlichen Parteipositionen in Frankreich über europäische Fragen widerspiegelt hat, charakteristisch (die extrem Linken und die extrem Rechten waren, wenn auch aus verschiedenen Gründen, in ihrem Widerstand gegen die europäische Integration beständig, während die großen Volksparteien im Allgemeinen dieser positiv zugeneigt waren). Das Ausmaß der „Peripherie-Stimmen“ von ca. 40%, wenn man sich an die obenstehende Tabelle hält, ist ebenfalls eine Art Antwort auf die Wahlen vom April 2002. Chiriqui und Christian (2005) vergegenwärtigen, dass die Regierungsparteien nur 56% der Stimmen für sich gewinnen konnten, was das schlechteste Ergebnis der letzten 20 Jahre darstellt.

Es muss ebenfalls angemerkt werden, dass der „traditionelle“ souveränistische Flügel in Frankreich nach wie vor wichtig ist, da er noch ein gutes Viertel der „Nein“-Stimmen darstellt und in den Regierungsparteien durchgesickert ist. In dieser Hinsicht, hat das Referendum 2005 jenes von 1992 fortgeführt. Bei der Referendumskampagne von 1992 hat sich zum ersten Mal

eine Spaltung in Pro- und Anti-Integration herausgebildet, welche die gemäßigten Politbewegungen gespalten hat. Dies war auf der linken Seite teilweise durch die von J-P Chevènement geführte Kampagne spürbar, aber der persönliche Einsatz des damaligen Präsidenten F. Mitterrand ermöglichte einen relativen Zusammenhalt innerhalb der PS. Auf der rechten Seite, genauer gesagt im RPR, geführt von J. Chirac, war diese Kluft am deutlichsten erkennbar. Von P. Seguin und C. Pasqua angespornt, leitete ein wichtiger Flügel der RPR, dem einige Barone des Gaullismus angehören, eine Kampagne gegen den Vertrag von Maastricht. Es war ebenfalls der rechte Flügel dieser Bewegung, der zum ersten Mal mit P. de Villiers und seinem Anliegen die nationale Souveränität zu schützen, öffentliche Aufmerksamkeit erzielte. 2005 trat diese Spaltung in Pro- und Anti-Integration bei den rechten Parteien (einige Gruppen innerhalb der UMP wie *Debout la République*, wie auch RPF und MPF), den extrem Rechten (FN, MNR) und in der Bewegung von J-P Chevènement 1992 in Erscheinung.

Es scheint im Gegenteil völlig gerechtfertigt zu behaupten, dass das „Übergewicht an Nein-Stimmen“ zwischen 1992 und 2005 in großem Maß auf die Linken zurückzuführen ist und dass hinsichtlich der politischen Positionierung zu den europäischen Angelegenheiten die Kampagne für den Verfassungsvertrag eine neue Etappe markiert hat. Ein zweiter Bruch hat sich innerhalb der Vertreter der europäischen Integration vollzogen zwischen denjenigen, die den gegenwärtigen Prozess der Vertiefung unterstützen und denjenigen, für die sich die Europäische Union in eine zu liberale und zu „angelsächsische“ Richtung verirrt hat. Es wurde somit eine „altereuropäische“ Bewegung gegründet, die die unterschiedlichen Bewegungen der extremen Linken, einen Teil der Grünen und die meisten Sympathisanten der Sozialistischen Partei umfasst (die meisten aktiven Mitglieder treten dagegen für den Verfassungsvertrag ein). Es ist schwierig, in dieser *Alter*-Bewegung zu unterscheiden, wer von der Struktur abhängt und wer folglich potentiell zu einer Spaltung und zu politischem Opportunismus führen würde.

Die Tiefe der Konvergenzen¹⁶ und der von dieser Bewegung propagierte „proeuropäische“¹⁷ Charakter können bezweifelt werden. Es bleibt trotzdem dabei, dass bei einer Kampagne eine Linkskoalition geschmiedet wurde, die die Verfassung eines anderen Europa fordert. Der gemeinsame Nenner dieses Zusammenschlusses liegt wahrscheinlich in der „sozialen“ Kritik der europäischen Integration – die gegenwärtige EU wird als unfähig angesehen, die sozialen Errungenschaften zu bewahren – und dem Streben nach einem weniger liberalen und weniger technokratischen Europa. Zu denjenigen, die sich der wachsenden Heterogenität der Union

¹⁶ Die verschiedenen Elemente dieser Bewegung entspringen vor allem recht unterschiedlichen historischen Positionen. Die Bewegungen der extremen Linken hatten immer eine äußerst feindliche Haltung zur Union und betrachteten sie als Union des „Großkapitals“ (Lutte Ouvrière hat übrigens 2005 abgelehnt, eine Kampagne zu veranstalten). Die PCF lehnt immer noch die europäische Integration ab (bis 1989 wegen der Treue zum sowjetischen Regime und nach dem Fall der Berliner Mauer unter dem Vorwand, dass die Union einen Brückenkopf des Liberalismus darstellen würde). Dagegen hatten die Verteidiger des „Nein“ in der Sozialistischen Partei, z. B. L. Fabius, H. Emmanuelli und J-L Mélenchon, allesamt für den Vertrag von Maastricht gestimmt.

¹⁷ Bei Berücksichtigung verschiedener Indikatoren zeigt die Analyse der Ergebnisse, dass nur ein Drittel der Vertreter des „Nein“ als wirklich „europäisch“ angesehen werden können (Brouard, Sauger, in Laurent, Sauger, 2005).

bewusst sind und für das dynamische Wachstum durch die Erweiterung 2004 eintreten, für die sie oft kritisiert werden, zählen ebenfalls viele *Altereuropäer*, die sich für ein Europa mit variabler Gemoetrie aussprechen. L. Fabius entwickelte dazu sogar seine Theorie der konzentrischen Kreise.

Diese Unstimmigkeiten innerhalb der Linken provozierten eine Identitätskrise innerhalb der Sozialistischen Partei, die seit dem 29. Mai anhält. Die Partei muss heute ausbalancieren zwischen dem Votum der aktiven Mitglieder vom 1. Dezember und dem ihrer Wähler vom 29. Mai sowie zwischen der Position der Minderheitsströmungen, die durch das „Nein“ gestärkt herausgehen, und der aller europäischen sozialdemokratischen Parteien und der Europäischen Sozialistischen Partei, die mehrheitlich weiterhin für das Verfassungsprojekt eintreten. Wie M. Lazar (2005) hervorhebt, zwingen die Ergebnisse des 29. Mai die Linken, ihre Gesellschaftsanalyse und ihre politischen Projekte klarzustellen.

DIE SCHWIERIGKEITEN EINER IDENTITÄTSPOSITIONIERUNG IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Einige Analysen der Ergebnisse vom 29. Mai sehen in der vor allem nationalen Besorgnis der Vertreter des „Nein“ einen Faktor, der die Auswirkung dieses „Nein“ bagatellisiert. Durch den Schwerpunkt auf lokale oder sogar persönliche Probleme hätten die „Neinsager“ die Frage, die ihnen tatsächlich gestellt wurde, nicht beantwortet, und es wäre somit nicht möglich, daraus echte Schlüsse auf europäischer Ebene zu ziehen. Der Unterschied des „geografischen Bezugs“ ist offensichtlich, wenn man die Motive derjenigen, die mit „Ja“ und derjenigen, die mit „Nein“ stimmten, betrachtet – siehe dazu nachstehende Tabelle. Während die Unzufriedenheit oder Besorgnis über die wirtschaftliche und soziale Situation in Frankreich offensichtlich der Hauptgrund für die „Nein-Stimmen“ sind, setzen die Vertreter des „Ja“ andere Maßstäbe und wollen das Gewicht Europas in der Welt (und Frankreichs in Europa) oder ihr Festhalten am europäischen Aufbau unterstreichen. So wie die Vertreter des „Nein“ Europa für zu liberal halten und einen Identitätsverlust für Frankreich befürchten, sehen einige Vertreter des „Ja“ in der Verfassung ein Mittel, das erweiterte Europa funktionstüchtig zu machen, ja sogar einen Schritt in Richtung einer politischen Union oder ein Mittel zur besseren Gestaltung ihrer Zukunft.

Aber handelt es sich hierbei wirklich um einen „Dialog zwischen Tauben“ oder einfach um die Besorgnis über dieselbe Realität – des Phänomens der Globalisierung – aus zwei verschiedenen Blickwinkeln? Es wäre zu vermessen, hier die Konsequenzen dieser „gigantischen Skalenänderung“ tiefgreifend analysieren zu wollen, nach Worten von Abeles (in Appadurai, 2001), der die „lokalen und nationalen Dimensionen, die bisher das Funktionieren unserer Gesellschaften charakterisierten“, in Frage stellt. Es ist zweifellos nicht notwendig, das Thema zu vertiefen, um intuitiv zu verstehen, dass diese Welt des „globalen Flusses“ (Appadurai 2001) „den Identitätsaufbau“ durcheinander bringt, der sich „in einem ständigen Spiel der Auseinandersetzung zwischen sich selbst und dem anderen, zwischen dem Inneren und dem Äußeren“ äußerte (Abeles in Appadurai 2001). Das Votum von 2005 ist insofern interessant, als es vielleicht das erste Votum zu einem europäischen Thema ist, das voll in den

Globalisierungsprozess integriert wurde, selbst wenn es heute mehr eine Wahrnehmung, ein „Gefühl“ als ein wirkliches Verständnis der Tatsachen ist.

Die Analyse dieser unterschiedlichen „Bezugsskala“ zwischen den Vertretern des „Ja“ und den Vertretern des „Nein“ muss heute im Zentrum jeder künftigen Projektion des europäischen Projekts stehen. Der Unterschied tritt nicht so sehr zwischen denjenigen auf, die die gestellte Frage verstanden oder nicht verstanden haben (dies wäre eher aus dem Ergebnis der Abstimmung nach dem Bildungsgrad zu korrelieren), sondern zwischen denjenigen, die Europa so verstehen, dass es eine Rolle zwischen dem Lokal-Nationalen und dem Globalen spielt, nach Worten von Rosanvallon (2005) als „neuer Raum der Erprobung des Universums“, und denjenigen, die Europa als kontinentale Verkörperung eines immer zynischer werdenden globalen wirtschaftlichen Liberalismus und des Phänomens der Identitätsspaltung verstehen, das daraus resultiert. Diese zweite Sicht auf Europa war bereits deutlich in den Reden für das „Nein“ zu erkennen, egal, ob in Form des „Nein“, bei dem der Souveränitätsanspruch immer wieder betont wurde, oder als „altereuropäisches Nein“, das trotz des proklamierten Festhaltens (das zweifellos ehrlich gemeint war) am europäischen Projekt oft auf national-protektionistische Reden und die Bekräftigung einer Identität in Bezug auf den „anderen“ (für den der „polnische Klemptner“ zum Symbol geworden ist) zurückgriff.

In dieser Hinsicht ist es interessant, noch einmal auf die Ergebnisse der französischen Abstimmung nach geografischen Zonen zurückzukommen und das Votum der Großstädte genauer zu betrachten. Sicher haben wir gesehen, dass die Kombination mit den sozioökonomischen Daten mehr Klarheit über dieses Votum bringen kann. Wir sind aber der Meinung, dass es heute auch die Widerspiegelung einer Identitätspositionierung zusammen mit der neuen Globalisierung ist. Man kann tatsächlich feststellen, wie J. Levy (2005) unterstreicht, dass die „Zentren der französischen Großstädte ihre politische Identität auf die politische Szene projiziert und im etymologischen Sinn ihren Kosmopolitismus übernommen haben („Weltstadt“)“. Bei Levy heißt es weiter „das übernommene Städterbewusstsein ist deutlicher Ausdruck aller Arten von Alterität. Europa ist daran beteiligt. Urbanität wurde logischerweise am 29. Mai als Triebfeder und Ausweg für das europäische Bewusstsein bekräftigt“. Diese Interpretation ermöglicht insbesondere die Klärung des Falles von Paris, wo sämtliche Arrondissements mit „Ja“ stimmten, auch die Arbeiterbezirke.

Dieser Ansatz ermöglicht auch die Relativierung der Interpretationen, die Ähnlichkeiten zwischen der Positionierung der extremen Rechten und der extremen Linken, ja sogar der altereuropäischen Linken für das „Nein“ sehen wollen. Es wurde vielleicht ein wenig zu voreilig geschlussfolgert, dass die „Neinsager“ eine wachsende Ausländerfeindlichkeit eint. Es wurde z. B. mehrfach betont, dass, obwohl kein Motiv für „Nein“ 40 % überstieg, 67 % der Vertreter des „Nein“ dem Satz „es gibt zu viele Ausländer in Frankreich“ zugestimmt hätten. Sicher gibt es im Bereich „Nein“ einen kleinen Teil mit offen rassistischen Anschauungen, und man muss die populistischen Reden gewisser Vertreter des „demokratischen Nein“ bedauern, die weit über eine Stigmatisierung des „anderen“ hinausgingen. Man kann aber auch in dieser scheinbaren Ablehnung der Ausländer den Ausdruck einer größeren Identitätsschwäche sehen. Um wieder mit den Worten von Levy zu sprechen, „eine einheitliche Skala, eine offene Skala:

bei dieser Wahl spielt sich jetzt und in Zukunft viel ab“. Wenn auch die Ursachen der Schwäche zweifellos subtiler sind, als es den Anschein hat, gibt es viele Grauzonen, und die Folgen einer falschen Interpretation dessen, was Europa tun kann, um diese Wahl zu erleichtern, dürfen nicht bagatellisiert werden.

Tabelle der Begründungen des Votums

GRÜNDE FÜR „JA“

	IPSOS						SOFRES	Louis Harris	Eurobarometer
	Alle	PS	Grüne	UDF	UMP	Sonstige			
Gewicht Europas gegenüber den Supermächten/ Einfluss in der Welt	64	65	63	64	65	59	52	59	11
Sicherung der Arbeit der Institutionen/ des Europa der 25/ Zusammenhalt der EU	44	47	47	49	42	42	21	33	11 ¹⁸
Gewicht Frankreichs in Europa	43	36	35	39	51	38	42	26	12
Fortsetzung des europäischen Aufbaus/Festhalten an Europa	34	34	36	36	33	22	39	23	55 ¹⁹
Schritt in Richtung eines einheitlichen Europa/ politische Union	28	29	42	30	26	32	26	/	8
Schritt in Richtung eines sozialen Europa	26	31	22	21	24	29	/	13	7
Fortschritt gegenüber bestehenden Verträgen	25	25	18	31	24	31	19	/	/
Bilanz des europäischen Aufbaus	19	18	20	20	19	19	/	/	/

¹⁸ Hier werden die Antworten „unverzichtbar für das ordnungsgemäße Funktionieren der europäischen Institutionen“ und „unverzichtbar für die Verwaltung der Integration der neuen Mitgliedsstaaten in die EU“ zusammengefasst.

¹⁹ Hierzu gehören folgende zwei Antworten: „unverzichtbar für die Fortsetzung des europäischen Aufbaus“ (39 %) und „ich war schon immer für den europäischen Aufbau“ (16 %).

Nähe zu politischen Persönlichkeiten, die mit „Ja“ gestimmt haben	/	/	/	/	/	/	12	3	5
Bessere Gestaltung der Zukunft/für die künftigen Generationen	/	/	/	/	/	/	/	12	11
Verantwortung gegenüber den anderen Ländern Europas	/	/	/	/	/	/	11	/	/
Konstruktives Votum	/	/	/	/	/	/	/	10	/
Vermeidung einer politischen Krise in Frankreich	/	/	/	/	/	/	/	5	/
Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Frankreich	/	/	/	/	/	/	/	/	8
Stärkung des Gefühls einer europäischen Identität	/	/	/	/	/	/	/	/	6
Für den Frieden in Europa	/	/	/	/	/	/	/	/	6
Andere Gründe	/	/	/	/	/	/	/	/	25

GRÜNDE FÜR „NEIN“

	IPSOS						SOFRES	Louis Harris	Eurobarometer
	Alle	PCF	PS	Grüne	FN	Sonstige			
Wirtschaftliche und soziale Lage in Frankreich	52	57	54	59	54	40	/	25	26
Unzufriedenheit	/	/	/	/	/	/	40	31	
Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit	/	/	/	/	/	/	46	/	31
Verfassung/Europa zu liberal	40	57	49	50	18	45	34	32	19 ²⁰

²⁰ und 16 % fügen hinzu „nicht sozial genug“

Notwendigkeit, den Vertrag neu zu verhandeln	39	44	47	55	17	36	35	38	
Schutz der Unabhängigkeit/ Identität Frankreichs	32	20	22	22	44	36	19	27	5
Türkei	35	23	26	16	56	37	18	22	6
Bilanz des europäischen Aufbaus	27	26	25	27	29	24		18	
Text zu kompliziert	/	/	/	/	/	/	34	/	12
Ablehnung der politischen Klasse	31	29	31	31	26	40	/	/	
Nähe zu politischen Persönlichkeiten, die mit „Nein“ gestimmt haben	/	/	/	/	/	/	12	2	
Opposition zur Regierung und zu J. Chirac	24	22	26	15	38	19	/	37	18
Informationsmangel	/	/	/	/	/	/	/	/	5
Gegen die europäische Integration	/	/	/	/	/	/	/	/	4
Andere Gründe	/	/	/	/	/	/	/	/	21

DIE SCHWÄCHE DER DEMOKRATISCHEN PRAXIS IN EINEM IN DER ENTSTEHUNG BEGRIFFENEN EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Analyse der Gründe für das „Nein“ führt zu einem anderen Element, das zweifellos eine weitere Betrachtung verdient: Nach den Umfragen waren 35 bis 39 % der Befragten der Meinung, dass ihr „Nein“ eine Neuverhandlung des Vertrags ermöglichen würde. Eurobarometer dagegen gab an, dass mehr als sechs von zehn Franzosen dachten, dass der Sieg der „Nein“-Stimmen eine neue Diskussion ermöglichen würde, die zu einem sozialeren Text führen würde. Sicherlich kann man die politischen Verantwortlichen beschuldigen, die mit „Nein“ stimmten und die in Kenntnis der Realität des europäischen Kompromisses wussten, dass eine Neuverhandlung nicht (und sicherlich nicht kurzfristig) stattfinden würde, aber trotzdem an die Existenz eines Wunderplans B glauben ließen. Aber ihre Worte hätten in der Kampagne keinen langen Atem gehabt, wenn die Bürger sich des europäischen Weges und der mehrjährigen Demokratie bewusst gewesen wären, die die Verfassung durchlaufen musste, ehe ihre endgültige Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten anstand.

Wie ist die Tatsache zu erklären, dass die Verfassung während der französischen Kampagne als „nicht demokratisch“ bezeichnet wurde, während sie trotz ihrer Schwächen – auf die wir noch zu sprechen kommen – einen eindeutigen demokratischen Fortschritt im Prozess der „klassischen“ Revision der europäischen Verträge darstellt? Wie war es möglich, die Bestimmungen des Vertrages von 1957 in die Debatte zu werfen, als ob diese so neu wären wie das Phänomen der Globalisierung des Handelsliberalismus und der wilden Konkurrenz, die sie eigentlich verkörpern sollten? Die Antwort scheint ziemlich einfach und betrifft sicherlich nicht nur Frankreich²¹: Solche Abweichungen zwischen Wahrnehmung und Realität sind auf die fehlenden Debatten über die europäischen Angelegenheiten in den Mitgliedsstaaten in „normalen“ Perioden zurückzuführen, d. h. außerhalb solcher „dramatischer“ Momente, wie sie bisher nur durch die Referenden entstanden sind.

Wir berühren hier unserer Meinung nach den Kern der Erklärung für die Ergebnisse vom 29. Mai, das übergreifende Element für alle Elemente, die wir bereits erwähnt haben. Es soll nicht wieder auf den Reden über das demokratische Defizit der Union herumgehackt werden. Dieses Defizit ist nicht bzw. nicht mehr vorhanden. Die europäischen Institutionen arbeiten demokratisch, und die nationale Sphäre ist dafür übrigens nicht mehr der Maßstab. Man hat gesehen, dass das „Nein“ Frankreichs auf eine politische Krise verwies, die viele demokratische Schwächen in nationalem Maßstab nach sich zog. Was heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in der demokratischen Praxis fehlt, ist die Debatte²², wie sie Fishkin und Luskin (2000) definieren als „ernsthafte Berücksichtigung²³ der Argumente und Gegenargumente für und gegen Alternativen öffentlicher Politik“.

Dieses Diskussionsmanko ist auf europäischer Ebene umso offensichtlicher, als der öffentliche Raum dort noch in den Kinderschuhen steckt. Die europäischen Medien, die europäischen politischen Parteien, die europäische öffentliche Meinung ... aber vor allem die Verbindungen zwischen den europäischen, nationalen und lokalen politischen Sphären werden nur langsam aufgebaut, zu langsam, wenn man will, dass das europäische Projekt das Alter der nächsten 50 Jahre und neue Generationen überschreitet. Die europäischen Angelegenheiten werden zu oft aus den nationalen politischen Debatten (vor allem in den Parlamenten) und den Bürgerdiskussionen ausgeklammert (dabei bieten die neuen Formen teilnehmender Demokratie vielfältige Instrumente für eine echte Verbesserung auf diesem Gebiet).

²¹ Auch wenn z. B. alle von Eurobarometer befragten Europäer weiterhin mehr Vertrauen in die europäischen als in die nationalen Institutionen haben, bleibt der Zufriedenheitsgrad mit dem Funktionieren der Demokratie auf nationaler Ebene höher als auf europäischer Ebene (selbst wenn er seit 10 Jahren steigt) und ist global nicht sehr hoch (ca. 50 %).

²² Siehe vor allem den Artikel von P. Rosanvallon (2005): „die Demokratie ist nicht nur eine Frage von Wahlen und der Einrichtung von staatlichen Machtorganen, sondern auch zunehmend eine Frage der Diskussion“.

²³ Unter „ernsthafte Überlegung“ verstehen Fishkin und Luskin mindestens Folgendes: (1) offene und ehrliche Teilnahme an einem Prozess, in dem die Argumente nach ihrem Gewicht vorgebracht und bewertet werden; (2) ausreichender Umfang, in dem die von den Vertretern einer Position vorgebrachten Argumente durch diejenigen, die eine entgegengesetzte Position vertreten, widerlegt werden können; (3) ausreichendes Niveau der Aufmerksamkeit und des gegenseitigen Respekts der Argumente und Besorgnisse anderer Teilnehmer; (4) ausreichendes Niveau der Wahrheit der sachlichen Elemente.

Die Debatte ist umso wichtiger, wenn das Instrument Referendum weiterhin für die europäischen Angelegenheiten verwendet wird (und wir denken weiter voraus, als uns lieb ist). Wie Ackerman (2005) hervorhebt, ist die Debatte unverzichtbar, damit das Referendum nicht auf einen Würfelwurf zwischen „Ja“ und „Nein“ hinausläuft und die Würfel nicht zugunsten populistischer „Reißer“ fallen. Diese Debatte ist auch extrem wichtig innerhalb unserer „Meinungsdemokratien“, wo die allgegenwärtigen Fragebögen und Umfragen ihrerseits dazu beitragen, eine bestimmte Realität zu schaffen, und durch Aufteilung der Gesellschaft die Wahrnehmung des politischen Kollektivs verfälschen (Ewald in FIP 2005)²⁴. Schließlich muss sie unbedingt Gesellschaften begleiten, in denen der Einfluss der Medien, besonders des Fernsehens, sehr stark ist²⁵.

²⁴ Nach M-O Padis (Mai 2005), „unterstreichen die allgegenwärtigen Umfragen deutlich das Defizit an politischer Diskussion und die Schwierigkeit, die Bedeutung des Votums den Wählern zu erläutern“.

²⁵ Wenn sie auch für ihr einseitiges Herangehen an das „Ja“ kritisiert wurden – was von einem rein quantitativen Standpunkt indiskutabel scheint –, haben sie auch bedeutend dazu beigetragen, die Rede der Vertreter des „Nein“ zu bestätigen, indem sie die Aufmerksamkeit eines kritischen Teils der Öffentlichkeit auf eine nationale (und europäische) Situation richteten, bei der soziale Probleme allgegenwärtig waren (diese „soziale Lawine“, die im Fernsehen losgetreten wurde, wird mit der Unsicherheit während der Präsidentschaftskampagne 2002 verglichen).

III – DIE ZUKUNFT

Dem „Nein“ Frankreichs zum Verfassungsvertrag am 29. Mai folgte einige Tage später die Ablehnung durch die Niederlande. Bis heute haben 13 Staaten den Vertrag ratifiziert²⁶, davon zwei (Spanien und Luxemburg) über ein Referendum, dessen Ergebnis positiv ausfiel. Die übrigen Länder, bei denen die Ratifizierung noch aussteht, haben allesamt beschlossen, die Entscheidung dem Parlament oder dem Volk zu übertragen²⁷. Die Staats- und Regierungschefs wollen die Frage, ob der Ratifizierungsprozess fortgesetzt werden sollte, nicht entscheiden. Trotz vieler Appelle der europäischen Institutionen und einer großen Zahl europäischer Führer, die Ratifikation fortzusetzen, weiß man, dass andere führende Länder wie Großbritannien (wo ein Referendum für die europäische Verfassung ein sehr riskanter politischer Augenblick für Tony Blair wäre) keinerlei Interesse daran haben. Die jüngsten Erklärungen des Präsidenten der Kommission haben auch das Lager derjenigen verstärkt, die den Prozess stoppen wollen. In diesem Kontext ist die Entscheidung des Europäischen Rates vom Juni dieses Jahres, eine „Denk- und Diskussionspause“ einzulegen, nichts anderes als der Ausdruck einer stillschweigenden Ablehnung, die ein Krisengefühl hinterlässt, ohne die Krise wirklich zu benennen²⁸. Zweifellos führt gerade diese Zweideutigkeit zu dieser Abwartehaltung, die besonders arm an Ideen und selbst an Analysen ist.

Man weiß, dass die Geschichte des europäischen Aufbaus durchaus kein langer, ruhiger Fluss ist. Sie ist eine Folge mehr oder weniger schwerer Krisen und mehr oder weniger dynamischer, mehr oder weniger inspirierter Belebungsperioden. Diese historische Sicht beizubehalten, ist somit extrem wichtig, damit die Konsequenzen dieser Blockierung nicht hochgespielt werden. Es kann jedoch nicht geleugnet werden, dass diese Krise in vieler Hinsicht ein neues Gesicht zeigt. Erstens bremst sie eine Bewegung, die sich zum ersten Mal (es gibt sicher noch viel zu sagen über die Verwendung dieses Begriffs, Tatsache ist aber, dass er verwendet wurde) „verfassungsgebend“ gab. Zweitens ist die Krise, wie wir bereits versucht haben zu zeigen, nicht nur konjunkturell, sondern resultiert aus Tendenzen, die sich seit mindestens zehn Jahren abzeichnen. Schließlich berührt sie das erweiterte Europa der 25 und tritt in einer Periode echter Unsicherheit darüber auf, was die „Grenzen“ der Europäischen Union sein sollten. Selbst wenn man hier und da Stimmen hört, die fordern, dass man die Schachtel der Pandora vorsichtig wieder schließen und zu altbewährten streng funktionalistischen oder demokratischen Methoden zurückkehren solle, glauben wir, dass jede Lösung in diesem Sinne das Problem nur verschärfen wird. Selbst mit den Vorbehalten, die der Beobachter ohne

²⁶ Belgien befindet sich in der abschließenden Phase des Ratifizierungsprozesses durch das Parlament. Informationen dazu befinden sich auf folgender regelmäßig aktualisierter Website: http://europa.eu.int/constitution/ratification_fr.htm

²⁷ Estland hat anscheinend seinen Zeitplan nicht wirklich geändert.

²⁸ Vgl. N. Gnesotto (2005), der von einer „unsichtbaren Krise“ spricht.

genügenden Abstand haben muss, scheint es nicht vermessen zu behaupten, dass sich der europäische Aufbau tatsächlich an einem Wendepunkt seiner Geschichte befindet.

Wenn man die Analysen und Vorschläge betrachtet, die vor und nach dem 29. Mai von den politischen Persönlichkeiten, europäischen Institutionen, Denkfabriken oder anderen Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft gemacht wurden, kann man die Szenarien des „Ausgangs der Krise“ unterscheiden, die die 25 Mitgliedsstaaten in 4 Kategorien einbeziehen. Die ersten sind die weniger „versöhnlichen“. Dazu gehören in der einen Richtung diejenigen, die behaupten, der Verfassungsvertrag sei tot, man solle ihn vergessen und langfristig mit dem Vertrag von Nizza leben²⁹, und in der anderen Richtung diejenigen, die die bereits im Fall von Irland und Dänemark verwendete Methode propagieren, die darin besteht, einige Protokolle oder „Opt-Outs“ anzupassen, nach denen der praktisch unveränderte Text erneut und ohne Verzögerung den Bevölkerungen der Niederlande und Frankreichs vorgelegt werden könnte³⁰. Eine zweite Kategorie umfasst die Szenarien „Nizza +“, d. h. diejenigen, die anerkennen, dass eine langfristige Rückkehr zum Vertrag von Nizza mehr als wahrscheinlich ist, aber trotzdem vorschlagen, in den Verfassungsvertrag einige Elemente aufzunehmen, die ohne Ratifizierung in Kraft treten könnten, vom gemeinsamen auswärtigen Dienst über die Bestimmungen zur Bürgerinitiative oder der Kontrolle der nationalen Parlamente bis hin zum Minister für auswärtige Angelegenheiten selbst (selbst wenn diese Option auf juristischer Ebene mehr als umstritten ist)³¹.

Eine dritte Art von Vorschlägen geht noch einen Schritt weiter und sieht vor, einen Teil des Verfassungstextes über die Organisation einer „kleinen zwischenstaatlichen Konferenz“ zu „verwerten“³². Eine vierte Option schließlich betrifft die Neuverhandlung des Textes, was in unterschiedlichem Maße die drei Teile des Verfassungstextes betreffen (oft mit Schwerpunkt auf dem dritten Teil über die Politik der Union) und einen echten verfassungsgebenden Prozess

²⁹ T. Blair (Rede vom 23. Juni 2005); M. Barroso, vgl. Philippe Ricard, „M. Barroso begräbt die Verfassung und will die EU zur Arbeit zurückführen“, *Le Monde*, 22.09.05.

³⁰ O. Duhamel verteidigte vor allem diese Position nach dem 29. Mai. Ohne dass sie unbedingt Stellung zur Möglichkeit eines zweiten Referendums bezogen, war die Zahl derjenigen, die für eine Fortsetzung der Ratifizierung plädierten, nach dem 29. Mai hoch, vgl. z. B.: J. Borrell (2005), Rede vor dem Europäischen Rat vom 16. und 17. Juni; Giovanni Grevi und John Palmer sprechen sich für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses aus (2005); siehe auch Tosato und Greco (2005).

³¹ Siehe vor allem S. Kurpas (2005), „Should ratification proceed? An assessment of different options after the failed referenda“: die als am wahrscheinlichsten vorgeschlagene Option; vgl. Charles Grant (2005) *Europe beyond the referendums* (07.05); siehe auch Vaughne Miller (2005) „The future of the European Constitution“ (Kapitel „Implementing reform without the Constitution“).

³² Siehe vor allem Bertelsmann Stiftung, Center for Applied Policy research, „Treaty Amending the Treaty of Nice“, Juni 2005. J. Delors (2005) sieht im Abschluss eines zwischenstaatlichen Vertrages mit begrenzten Zielen

nach verschiedenen Varianten in Gang setzen würde³³. Zu diesen vier Lösungsgruppen der 25 müssen die Szenarien der „Differenzierung“ hinzugefügt werden. Das sind zunächst diejenigen, die auf den Verfassungsvertrag selbst abzielen und die Länder ausschließen wollen, die die Anwendung des Textes nicht vom Fleck weg ratifiziert haben (entweder diese Länder verlassen die Union und handeln mit ihr einen neuen Vertrag aus oder die Länder nehmen nach der Ratifizierung zusammen einen neuen Verfassungsvertrag an³⁴). Die eigentlich unpraktikable Seite dieser Optionen hat jedoch oft zu ihrer Ablehnung geführt: Es scheint tatsächlich sehr schwierig, institutionelle Bestimmungen differenziert anzuwenden³⁵. Das hat zu anderen Differenzierungsvorschlägen sektorieller Art geführt, entweder als verstärkte Zusammenarbeit, als harter Kern oder entsprechend dem Schengen-Modell³⁶.

Wir versuchen hier nicht, das große Projekt vorzuschlagen, das „Europa rettet“, sondern eher Wege zum Nachdenken und Handeln aufzuzeigen, die vor allem der zweiten und der vierten Kategorie der Szenarien entlehnt sind. Diese Wege sind nicht das Ergebnis einer wirklichkeitsfremden Überlegung. Sie entspringen direkt den Erkenntnissen, die wir glauben, der vorgelegten Analyse in den beiden ersten Teilen dieses Textes entnehmen zu können. Wir hoffen, gezeigt zu haben, dass, wenn das „Nein“ der Franzosen sowohl hinsichtlich seiner „kontextuellen“ Aspekte als auch hinsichtlich der allgemeinen Linie der Unterstützung der europäischen Integration, die in Frankreich vorherrschend bleibt, relativiert werden muss, die tieferen Ursachen für die Zunahme von beunruhigenden sozioökonomischen Fakten beim Auftreten eines echten Identitätsproblems angesichts der Globalisierung und beim Fehlen einer echten demokratischen Debatte nicht umgangen werden können. Sie müssen uns dazu bringen, ambitionierte Antworten zu formulieren.

Diese Wege übertragen unseren Wunsch, die Dynamik beizubehalten, die durch die Annahme des Verfassungsvertrages entstanden ist. Sie treten natürlich nicht an Stelle des Wunsches, die Erweiterung der EU trotz der Krise gut zu managen, ein Element, das nicht aus den Augen verloren werden darf. Es ist augenscheinlich, dass in diesen Vorschlägen die Methode wichtiger ist als der Zeitplan, dieser könnte angepasst werden. Was hier vorgeschlagen wird, zielt jedoch, wenn man realistisch bleiben will, nicht darauf ab, dass alle Maßnahmen bis zum Jahr

³³ In seinem Artikel „Die europäische Herausforderung des französischen ‚Nein‘“ nähert sich P. Lamy (2005) dieser Lösung, da er empfiehlt, Teil 1 und 2 unverändert zu belassen und erneut offen über Teil 3 zu diskutieren. J. Delors (2005) schlägt ebenfalls eine neue Konvention in den beiden Optionen vor, denen er gegenüber einem „zwischenstaatlichen Vertrag mit begrenzten Zielen“ den Vorrang gibt. Vgl. auch das ständige Forum der Bürgergesellschaft (erwähnt durch Agence Europe am 06.06.05), das eine Konvention wünscht. Außerdem würde Andrew Duff ein paneuropäisches Referendum (ECAS, 29.06.05) nach einer neuen Konvention wünschen. Die Europaabgeordneten Duff und Voggenhuber scheinen sich auf ein ähnliches Szenario für den Bericht des Europäischen Parlamentes zu orientieren, da es darum ginge, die Teile des Vertrages beizubehalten, die zu den wenigsten Debatten führen, und eine neue Konvention zu den anderen Teilen zu organisieren.

³⁴ Lucia Serena Rossi (2005), S. 8; vgl. ebenfalls Gian Luigi Tosato und Ettore Greco, „The EU Constitutional Treaty: how to deal with the ratification Bottleneck“, (2004).

³⁵ Lucia Serena Rossi (2005), S. 6

³⁶ Vgl. Tagung der UMP und Positionen von N. Sarkozy. Vgl. ebenfalls die Vorschläge von P. Douste-Blazy vor der Vereinigung der französischen diplomatischen Presse; Daniel Vernet, „M. Douste-Blazy wünscht eine europäische Avantgarde“, Le Monde, 24.09.05.

2010 wirken können. Man darf nicht die Schnelligkeit übersehen, mit der andere große Länder oder Regionen der Welt nach und nach wirtschaftliche und geostrategische Positionen erobern, angesichts derer ein schwaches und uneiniges Europa nicht viel Gewicht haben wird. Wenn nie die historische Perspektive aus dem Blickfeld geraten darf, können wir auch nicht mehr mit zukunftsorientierten Analysen hinter dem Berg halten. Der Wendepunkt zu Anfang dieses Jahrhunderts könnte in dieser Hinsicht genauso wichtig sein wie der von den Gründungsvätern Mitte des vergangenen Jahrhunderts initiierte Wendepunkt.

SINNVOLLE NUTZUNG DER „DENKPAUSE“ UND DER HAUSHALTSDEBATTE

Wenn, wie wir bereits betont haben, die Entscheidung, eine Pause im Ratifizierungsprozess einzulegen, eher einen minimalen Kompromiss als eine echte gemeinsame Vision darstellt, kann man auch begrüßen, dass die 25 nicht zu diesem oder jenem Ausgang stürzen, ohne sich die Zeit zu nehmen, über die Tragweite und die tatsächlichen Gründe für die Ablehnung des Verfassungsvertrages nachzudenken. Das ist jedoch kein Hindernis für Analysen des „Nein“ und für Erkenntnisse, die bereits jetzt gewonnen werden können, damit diese Pause nicht vergeblich ist. Sie liefern uns Elemente, um die Debatten sowohl auf den Inhalt als auch auf die Form zu richten.

Auf die Form: Wenn Debatten in den Mitgliedsstaaten organisiert werden, müssen sie einerseits eine echte Diskussion und andererseits einen besseren Dialog zwischen den europäischen und den nationalen demokratischen Sphären ermöglichen. Wir schlagen vor, dass sich alle politischen Akteure auf europäischer und nationaler Ebene (regional und lokal) dazu verpflichten, als Ergebnis einen „Bürgerpakt“ abzuschließen. Letzterer würde durch das Europäische Parlament vorgeschlagen und durch alle europäischen Institutionen angenommen, die die nationalen Akteure involvieren würden. Dieser Pakt müsste vor allem eine bessere Verankerung der europäischen Fragen in den nationalen Parlamenten vorsehen, die über alle bedeutenden europäischen Angelegenheiten debattieren müssten und insbesondere über diejenigen, die die Bürger beunruhigen. Er müsste auch Formen transnationaler Diskussionen der Bürger vorsehen³⁷.

Über den Inhalt: Wenn man auf die verschiedenen Faktoren zurückkommt, die es ermöglichen, das „Nein“ Frankreichs zu verstehen, scheint uns, dass die Debatten Folgendes ermöglichen müssten: (1) klarzustellen, was die EU leisten kann und was sie nicht leisten kann; (2) die Diskussion über das wirtschaftliche und soziale Modell in die Debatte zu werfen, das die EU beibehalten und fördern will; (3) sich an schwierigste Themen zu wagen, die die Identitätspositionierung der europäischen Bürger in einer globalisierten Welt berühren.

³⁷ Der komplette Vorschlag des EPIN (European Policy Institute Network), des europäischen Netzwerks der „Denkfabriken“, zum Bürgerpakt kann auf der Website von Notre Europe abgerufen werden: www.notre-europe.asso.fr.

Man muss auch dafür eintreten, dass sich dieser sozioökonomische Bruch und der elitäre Charakter des europäischen Projektes verringern. Die Haushaltsdebatte wird in den nächsten Monaten im Zentrum der europäischen Verhandlungen stehen. Es scheint uns, dass zwei Arten von Politik um jeden Preis gewahrt und gefördert werden müssen: einerseits die Politik des Zusammenhalts und andererseits die Mobilität der Bürger. Der Zusammenhalt verlieh der europäischen Integration eine Dimension, die durchaus nicht ihren Sinn verloren hat: die Solidarität. Wie kann man das europäische Projekt starten wollen, wenn man die Gefahr nicht ernst nimmt, die die Abkehr gewisser Regionen oder Kategorien von Bürgern aus Gründen der Ungewissheit und der Arbeitslosigkeit für den Zusammenhalt im Zusammenhang mit diesem Projekt darstellt? Die Politik der Mobilität, egal, ob über Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsprogramme, Programme für freiwillige Dienste oder zur Unterstützung der bürgerlichen Gesellschaft, muss absolut im Zentrum des EU-Engagements bleiben. Die EU kann nicht die Bildungs- oder sozialen Unterschiede innerhalb der nationalen Gesellschaften ausgleichen, das ist zweifellos auch nicht ihre Aufgabe. Aber sie kann einen echten zusätzlichen Wert darstellen und den Austausch zwischen Bürgern unabhängig von deren Bildungsgrad erleichtern, damit immer mehr Menschen Zugang zur europäischen Erfahrung und nicht mehr nur episodenhaft Zugang zu europäischen Informationen erhalten.

FORTSETZUNG DER RATIFIZIERUNG DURCH VERSCHIEBUNG DES TREFFENS DES EUROPÄISCHEN RATES AUF 2007

Einige werden lächeln bei dem Gedanken, für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses einzutreten, und dennoch stützt er sich auf eine Analyse, die ernsthafte Überlegungen verdient. Wenn die demokratischen Schwächen eines noch in den Kinderschuhen steckenden europäischen Raumes – wie wir bereits behauptet haben – der Hauptgrund der Ablehnung der Verfassung in Frankreich sind und es zu einer zunehmenden Abkehr der Bürger in der gesamten EU kommt, wie kann man sich dann vorstellen, dass eine Belebung durch eine Absage an die Demokratie möglich ist? Mit welcher Berechtigung könnten die Ablehnungen durch Frankreich und die Niederlande auch den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten, die den Text noch nicht ratifiziert haben, den Zugang zu einer echten demokratischen Debatte und zum Ausdruck ihres Votums rauben? Warum hätten übrigens diese Ablehnungen mehr demokratischen Wert als die 13 „Ja“ zum Vertrag?

Wie schwierig es auch heute scheinen möge, dieser demokratische Prozess muss zu Ende geführt werden. Unserer Meinung nach gibt es dafür noch einen weiteren Grund: Die Staats- und Regierungschefs haben durch Annahme von Erklärung 30 geplant, dass „wenn nach einer Frist von zwei Jahren nach Unterzeichnung des Vertrages über eine Verfassung für Europa vier Fünftel der Mitgliedsstaaten diesen Vertrag ratifiziert haben und mindestens ein Mitgliedsstaat bei dieser Ratifizierung auf Schwierigkeiten gestoßen ist, der Europäische Rat in der Frage angerufen wird“. Die Schlussfolgerung, dass diese Erklärung keinen Sinn mehr habe, scheint etwas voreilig, da die Länder, die mit „Nein“ gestimmt haben, zwei Gründungsmitglieder, darunter Frankreich, nicht diejenigen sind, bei denen man sich „Schwierigkeiten“ vorgestellt hatte.

Um diese Erklärung anwenden zu können, müssen zu einem bestimmten Zeitpunkt die Länder, die ratifiziert haben, „zusammengezählt“ werden können, und alle 25 müssen auf dieser europäischen Basis gemeinsam entscheiden, was sie tun wollen. Sicher scheint der November 2006 als von der Deklaration für ein Treffen vorgesehenes Datum heute u. U. unpassend. Man weiß, dass ein abschließendes Treffen nach den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2007 produktiver sein könnte. Wenn die 4/5-Schwelle erreicht oder fast erreicht ist, wie das gegenwärtige Verhältnis andeutet, hat der Europäische Rat zwei Optionen: entweder zu entscheiden, ob es möglich ist, auf Grundlage von speziellen Verpflichtungen und Verträgen einen zweiten Ratifizierungsversuch in den Ländern, die mit „Nein“ gestimmt haben, zu planen, oder einen gemeinsamen Prüfprozess für den Vertrag zu initiieren, allerdings nur dann, wenn die Ratifikationsschwelle ausreicht, damit der Text der Verfassung und nicht des Vertrags von Nizza als Grundlage für diese Neuverhandlung dienen können. Man würde somit den Grundstein legen für die zunehmende Abkehr von der Uneinigkeit sowie für die Revision und die Ratifizierung der europäischen Verträge, deren Gegenstand wir im Folgenden betrachten.

EINFÜHRUNG EINER NEUEN KONVENTION ZU TEIL III DES VERTRAGES IM JAHR 2008

Diese Option ist unserer Meinung nach realistisch und sogar wünschenswert, auch falls die Länder, die mit „Nein“ gestimmt haben, entschieden haben, den Text erneut einem Referendum vorzulegen (Option 1 in o. g. Szenario). Die Perspektive einer neuen Revision auf Grundlage der Verfassung könnte tatsächlich Anlass sein, mit „Ja“ zu stimmen. Wir sind übrigens der Meinung, dass die Arbeit der Konvention fortgeführt werden muss. Wenn das Präsidium der Konvention entschieden hat, über Teil III nicht zu diskutieren, so geschah dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen ging der Auftrag der Erklärung von Laeken nicht so weit, und zum anderen befürchten viele, die Schachtel der Pandora zu öffnen, denn hinter dem, was im Wesentlichen die Zusammenfassung sämtlicher Bestimmungen zur Politik früherer Verträge ist, verbergen sich viele Debatten über das Gesellschaftsprojekt, das sich die Europäer heute geben wollen. Damals wurde gefordert, Teil III des Textes freizugeben, und der Zeitfaktor hat viel ausgemacht. Insgesamt befindet sich die Konvention bereits auf einem Weg, der den Rahmen der Erklärung von Laeken übersteigt, und wenn die „Conventionnels“ (Ehemalige der Konvention) nicht befürchtet hätten, das gesamte Projekt durch Erweiterung des Zeitplans in Gefahr zu bringen, ist denkbar, dass eine Mehrheit der Conventionnels gewagt hätte, die Frage von Teil III auf die Tagesordnung zu setzen. Das Thema war somit kein echtes Tabu, und sich wieder damit zu befassen, würde gewissermaßen die Arbeit krönen, die die Konvention bereits geleistet hatte. In vielen Fällen wäre übrigens eine einfache „Aktualisierung“ dieser Bestimmungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der EU-Erweiterung und dem Inhalt der ersten Teils ausreichend.

Es gibt natürlich noch einen anderen, schwerwiegenderen Grund, um eine Revision von Teil III einzuleiten. Dieser Grund schien in sämtlichen Analysen zum „Nein“ Frankreichs durch. Dieser Teil der Verfassung verkörpert inzwischen sicherlich stark das ökonomische und soziale Modell der EU, das die Vertreter des „Nein“ kritisiert haben. De facto enthält dieser Teil durch seine mehr „programmatische“ Seite mehr als die anderen Teile die Elemente, die die Grundlage

einer vertieften Diskussion über das Gesellschaftsprojekt bilden könnten, das die Europäer gemeinsam bei sich und auf internationaler Ebene Anfang des 21. Jahrhunderts verwirklichen wollen. Dabei müsste die Debatte über dieses Projekt den Bürgern auch helfen, besser zu verstehen, was die EU tun kann, um eine gemeinsame Identität zu stärken, die weltoffen ist und zugleich gewisse „Besonderheiten“ eines Modelles bewahrt, auf das die Bürger weiterhin Wert legen. Diese Diskussion müsste auch in einen Vertrag über einen „erleichterten“ Revisionsmodus für diesen dritten Abschnitt des Textes münden, der vom streng verfassungsmäßigen Teil ausgehen müsste.

Es soll jedoch nochmals betont werden, dass uns der Inhalt nicht von der Form wegführen darf und dass uns der Aufbau eines demokratischen europäischen Raumes dazu bringen soll, über das Modell der Konvention nachzudenken. Wir tendieren hier dazu, das Modell zu verteidigen, da es unbestreitbar ein gewaltiger Fortschritt für Demokratie und Transparenz im Prozess der Revision der Verträge ist. Es muss auch daran erinnert werden, dass sein Aufbau über die Erklärung von Laeken auf eine zögernde Haltung einiger Mitgliedsstaaten stieß, die ihre Aufgabe eingrenzen und vor allem die zwischenstaatliche Konferenz als Ort für die endgültige Entscheidung beibehalten wollten. Die Erfahrung der Konvention muss somit wiederholt werden, um ihr ein solideres Fundament im europäischen institutionellen System zu verleihen. Das Modell muss jedoch noch einmal überprüft werden, um in Zukunft zu vermeiden, dass die alten Probleme bei seiner Umsetzung wieder auftreten, und um seinen demokratischen Charakter zu stärken.

Diese Frage könnte Gegenstand einer solchen Studie sein. Begnügen wir uns hier jedoch mit der Festlegung von vier Achsen, auf denen gearbeitet werden müsste, damit das Modell besser funktioniert: (1) die Definition seiner Aufgabe, die nicht mehr nur den Europäischen Rat betreffen darf, sondern auch Gegenstand gemeinsamer Arbeit der Institutionen muss, bei der die Bürger mit eingeschlossen sind; (2) die Benennung der Mitglieder, wenn schon nicht auf Basis spezieller Wahlen, so doch zumindest nach etablierten und transparenten Regeln; (3) der Modus der Ernennung des Präsidiums und seine Beziehungen zu den Conventionnels müssen besser definiert werden und die Konvention selbst implizieren; (4) die Konvention und das Präsidium müssen noch transparenter arbeiten und Mittel finden, die bürgerliche Gesellschaft zu verstehen und sie nicht einfach nur anzuhören.

Wir sind nicht dafür, die Konvention durch eine konstituierende Versammlung zu ersetzen, die nur parlamentarischen Charakter hätte. Das System der EU ist trotz seiner Unzulänglichkeiten föderaler Natur, und die gesetzgebende Macht liegt in den Händen der Vertreter des Volkes *und* der Staaten. Unter den Mitgliedern müssen somit Vertreter des Rates sein, also der Regierungen. Dagegen wäre es in dieser Logik nützlich, über die Notwendigkeit nachzudenken, eine zwischenstaatliche Konferenz beizubehalten, um die Arbeit der Konvention zu bestätigen. Sicherlich hat niemand das Recht zu behaupten, dass das Risiko der Abschaffung der zwischenstaatlichen Konferenz das einer größeren „Zwischenstaatlichkeit“ der Konvention wäre. Ist es nicht aber ein Risiko, das man eingehen sollte, wenn man will, dass diese Belebung auch zu Qualitätssprüngen in einer europäischeren und demokratischeren Richtung führen kann?

ORGANISATION DER RATIFIZIERUNG DES TEXTES ÜBER EIN EUROPÄISCHES REFERENDUM IM JAHR 2009

Diese Etappe ergibt sich zwangsläufig aus den vorangehenden. Die Bemühungen zur Demokratisierung des Revisionsprozesses auf europäischer Ebene dürfen nicht weiter durch das absolute Fehlen von Elementen einer „Europäisierung“ in der Ratifizierungsphase zunichte gemacht werden. Der europäische öffentliche Raum kann nicht seine ersten Schritte tun bei allem, was der Ratifizierung vorausgeht, und ist nicht mehr (oder fast nicht mehr) lebensfähig, wenn sie erfolgt. Man kann sich gut das ganze Hin und Her zwischen der nationalen und der europäischen Ebene vorstellen, wenn die Ratifizierung nur auf Ebene der Mitgliedsstaaten und zeitversetzt erfolgt; das Risiko, auf dem Weg einen großen Teil der europäischen Dimension zu verlieren, ist zu groß. Deshalb denken wir, dass es Zeit ist, den Schritt zu einem europäischen Referendum zu vollziehen. Dieser ist möglich, wenn eine Mehrheit der Bevölkerungen und eine (eventuell überwiegende) Mehrheit der Staaten erreicht wird. Die beiden Mehrheiten sind ebenfalls unverzichtbar, um die doppelte Berechtigung der Union widerzuspiegeln. Die europäischen Wahlen 2009 können die Gelegenheit für dieses gemeinsame europäische Treffen sein.

SCHLUSSFOLGERUNG

Das Referendum vom 29. Mai in Frankreich war ein Schock für die überzeugten Europäer, selbst wenn die meisten von ihnen damit gerechnet hatten, dass angesichts der sich abzeichnenden Tendenzen eines Tages das Interesse für das europäische Projekt nachlassen würde. Die Tatsache, dass diese Tendenzen eher einer Wahrnehmung der Bürger als der Realität entstammen, darf uns nicht dazu veranlassen, ihre Bedeutung zu bagatellisieren. Die verschiedenen „Brüche“ der französischen Gesellschaft deuten in beunruhigender Weise auf den elitären Charakter des europäischen Projektes hin. Die unterschiedliche „Referenzskala“ zwischen den Begründungen für „Ja“ und für „Nein“ verweist auf den Kern der Identitätsfrage zur Bedeutung der europäischen Ebene für die Globalisierung. Die fehlende Kenntnis der europäischen Angelegenheiten verbunden mit fehlenden Debatten außerhalb der Perioden von Volksabstimmungen führt uns zu den Schwächen der demokratischen Praxis im europäischen öffentlichen Raum.

Indem dieses Studie das Ausmaß der Abstimmung vom 29. Mai erkannte, verteidigte sie die These, dass dieser Schock vor allem nicht lähmend wirken dürfe. Vielleicht paradoxerweise, sowohl weil bestimmte Konjunkturdaten ermöglichen müssten, die Bedeutung des „Nein“ zu relativieren, als auch weil diese tieferen Ursachen und Tendenzen heftige Reaktionen hervorrufen müssten angesichts der historischen Herausforderung, vor der die europäischen Entscheidungsträger stehen.

Die Leser haben sicher verstanden, dass wir nicht scheuen, den begonnenen demokratischen Prozess zu Ende zu führen, sei es kurzfristig durch Organisation einer echten Debatte zwischen den Mitgliedsstaaten, mittelfristig durch Fortsetzung der Ratifizierungen und langfristig durch Neudefinierung eines Revisions- und Ratifizierungsmodus für die Verträge, wodurch es möglich sein soll, voranzukommen und sich nicht hinter den zwar bequemen, aber nicht mehr lebensfähigen Praktiken zu verschanzen. Die Demokratien haben Anfang des 21. Jahrhunderts Probleme, ihren Platz in der Globalisierung zu finden. Die Europäische Union kann sie nicht mehr nur in den gemeinsamen ökonomischen Realitäten „unterbringen“, sie muss sie auch zu einem neuen politischen Raum führen. Die aktuelle Krise offenbart vielmehr die Dringlichkeit, diese Dynamik zu schützen und zu erweitern, als dass sie sie hemmt.

Bibliographie

UMFRAGEN

CSA (avril 2005), *Les jeunes et l'Europe* : sondage réalisé pour le Parisien, du 6 au 20 avril, 465 entretiens téléphoniques, échantillon 18-24 ans, méthode des quotas.

CSA (mai 2005), *Le référendum sur le Traité constitutionnel : explication du vote et perspectives politiques* : sondage réalisé pour France 3, France Info, France Inter et le Parisien, 5216 entretiens en face à face (électeurs) et téléphoniques (abstentionnistes).

CSA (juin 2005), *L'Europe et demain* : sondage effectué pour Ouest France, Perspectives et réalités, La Chaîne parlementaire les 6 et 7 juin, 1000 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

CSA (juin 2005), *Faut-il poursuivre le processus de ratification du traité constitutionnel européen* : sondage réalisé pour France Europe Express, France Info les 6 et 7 juin, 1000 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

CSA (juin 2005), *Intentions de vote dans l'hypothèse d'un nouveau référendum sur le traité constitutionnel et duels dans la perspective du second tour de l'élection présidentielle* : sondage effectué pour Marianne les 28 et 29 juin 2005, 809 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

EUROBAROMÈTRE 62 (décembre 2004), *L'opinion publique dans l'Union européenne* (commandité par la Commission européenne) : enquête réalisée par TNS Opinion & Social entre le 2 octobre et le 8 novembre, environ 1000 entretiens en face à face par Etat membre de l'Union (plus Bulgarie, Roumanie, Croatie, Turquie et Chypre Nord).

EUROBAROMÈTRE (mars 2005), *La Constitution européenne: sondage post-référendum en Espagne* (commandité par la Commission européenne) : sondage effectué par EOS Gallup par l'intermédiaire de TNS Demoscopia les 21 et 22 février, 2014 entretiens téléphoniques.

EUROBAROMÈTRE (juin 2005), *La Constitution européenne: sondage post-référendum en France* (commandité par la Commission européenne) : sondage effectué par EOS Gallup par l'intermédiaire de TNS Sofres les 30 et 31 mai, 2015 entretiens téléphoniques.

EUROBAROMETER (June 2005), *The European Constitution: post-referendum survey in the Netherlands* (requested by the European Commission): survey by EOS Gallup through TNS NIPO on the 2nd and 4th June, 2000 phone interviews.

EUROBAROMÈTRE 63 (juillet 2005), *L'opinion publique dans l'Union européenne* (commandité par la Commission européenne) : enquête réalisée par TNS Opinion & Social entre le 9 mai et le 14 juin, environ 1000 entretiens en face à face par Etat membre de l'Union (plus Bulgarie, Roumanie, Croatie, Turquie et Chypre Nord).

EUROBAROMÈTRE (juillet 2005), *La Constitution européenne: sondage post-référendum au Luxembourg* (commandité par la Commission européenne) : sondage effectué par EOS Gallup par l'intermédiaire de ILRES du 11 au 18 juillet, 1001 entretiens téléphoniques.

IFOP (mai 2005), *Le référendum sur la constitution européenne, un grand débat démocratique* : analyse pour la Croix le 20 mai 2005.

IFOP (mai 2005), *Les personnalités politiques défendant le mieux le "oui" et le "non" dans la campagne* : sondage réalisé pour Ouest France les 12 et 13 mai, 1016 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

IFOP (août 2005), *L'état d'esprit des français, 13eme vague* : sondage effectué pour Ouest France le du 25 au 26 août, 1005 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

IPSOS (mai 2005), *Référendum 29 mai 2005, Le sondage sorti des Urnes* : enquête effectuée pour Dell, Le Figaro, France 2, Europe 1, 3355 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

LOUIS HARRIS (mai 2005), *Référendum sur le Traité constitutionnel européen (29 mai 2005), sondage post-électoral* : sondage réalisé pour Libération et i>TELE le 30 mai, 1402 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

TNS Sofres (mai 2005), *Les Français et le référendum sur le traité constitutionnel européen, Vague 5* : enquête Unilog réalisée pour LCI, RTL, Le monde les 9 et 10 mai, 1000 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

TNS Sofres (mai 2005), *Le référendum du 29 mai* : enquête Unilog réalisée pour TF1, RTL et le Monde le 29 mai, 1500 entretiens téléphoniques, méthode des quotas.

DOKUMENTE/REDEN

CONSEIL EUROPEEN (2005), *Déclaration des chefs d'Etat ou de gouvernement des Etats membres de l'Union européenne sur la ratification du Traité établissant une Constitution pour l'Europe*, Conseil européen de Bruxelles des 16/17 juin 2005, 18 juin 2005.

CIAMPI C.A. (2005), *l'Union européenne face à ses responsabilités*, Discours du Président de la République italienne au Parlement européen, 5 juillet 2005.

BORRELL J. (2005), Discours au Conseil européen des 16-17 juin 2005.

HOLLANDE F. (2005), Intervention au Conseil national du 4 juin 2005.

AKADEMIKER/THINK TANKS/PRESSE

ACKERMAN B. (2005), *Référendum et délibération*, (entretien), La Vie des Idées, mai.

APPADURAI A. (2001), *Après le colonialisme: les conséquences culturelles de la globalisation*, Payot.

BERTELSMANN STIFTUNG (2005), Centre for Applied Policy Research, *Treaty Amending the Treaty of Nice*, juin, disponible à l'adresse suivante : www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Treaty.pdf.

BITTERLICH J. (2005), Article sur les conséquences des référendums français et néerlandais, Irish Times, 3 August.

BRUCKNER P. (2005), *Sommes-nous tous devenus suicidaires?*, Le Monde, 3 juillet.

CAUTRES B., DENNI B. (2005), *Autopsie de l'euroscpticisme*, Libération, 7 juin.

CHRIQUI P., CHRISTIAN P. (2005), *Une large victoire du non, nouvel avatar de la crise de la politique*, Le Monde, 30 mai.

CRUM B. (2005), *Confusing Cues : Competition and Collusion of Party Strategies in Referendums on the EU Constitution*, étude préparée pour la epsNet Plenary Conference de 2005 présidée par DEHOUSSE R.

CUPERUS R. (2005), *Why the Dutch voted No. Anatomy of the new Euroscepticism in "old" Europe*, Policy Network publications, disponible à l'adresse suivante: www.policy-network.net/php/article.php?sid=4&aid=461.

DE SCHOUTHEETE P. (2005), *Il est urgent d'attendre*, La Libre Belgique, 10 juin.

DELATTRE L., KOOPMANN M. (2005), *Faire aimer l'Europe*, European Policy Institutes Network Web Papers, disponible à l'adresse suivante : www.epin.org.

DELORS J. (2005), *Compte rendu de son intervention à l'Institut d'études de sécurité de l'UE*, Agence Europe du 29 septembre 2005.

DUHAMEL O. (2005), *Et maintenant...*, Intervention d'Olivier Duhamel sur France culture après le vote du 29 mai 2005.

DUPONT G. (2005) « Culpabilité post-21 avril 2002, angoisse devant l'enjeu et défiance envers les politiques pèsent sur les choix », *Le Monde*, 24 mai.

ECAS (2005) « Will the pendulum swing back to the EU and the Constitution ? », Report of the ECAS seminar held on 29 June in Brussels, disponible à l'adresse suivante : www.ecas.org.

EUROPARTENAIRES (2005), *La Lettre de l'Association* No 25, Juillet.

FISHKIN S. J., LUSKIN C. R., (2000) « The quest for deliberative democracy », in Saward M. (ed.), *Democratic Innovation : Deliberation, Association and Representation*, Londres, Routledge.

FONDATION POUR L'INNOVATION POLITIQUE, (2005), *La démocratie difficile*, *La Lettre* No 12, Mai.

FORUM PERMANENT DE LA SOCIÉTÉ CIVILE EUROPÉENNE (2005), Document de travail sur la constitution européenne du 9 mai 2006, *Le Vivant électronique* No 52, disponible à l'adresse suivante: www.vivant.org.

GHITALLA F., FOUETILLOU G. (2005), *Le web et le débat sur la constitution européenne en France*, disponible à l'adresse suivante : www.utc.fr/rtgi.

GOUX D., MAURIN E. (2005), *1992-2005: la décomposition du oui*, Centre pour la recherche économique et ses applications, disponible à l'adresse suivante : www.cepremap.ens.fr/depot/docweb/docweb0507.pdf

Gnesotto N. (2005), *compte-rendu de son intervention à l'Institut d'études de sécurité*, Agence Europe du 29 septembre.

GRANT C. (2005), *There is a life beyond a European Constitution*, Centre for European Reform, disponible à l'adresse suivante : www.cer.org.uk.

– (2005), *Europe beyond the Referendums*, CER Bulletin, juin/juillet.

GREVI G. (2005), EPC draft paper, après le 29 mai.

GUETTA B. (2005), *Le projet d'unité européenne en danger*, Intervention sur France Inter au lendemain du 29 mai.

HABERMAS J. (2005), *UE, nouvel essor ou paralysie*, Libération, 08 juin.

Habben Jansen M. E. (2005), *Hétéroclite non néerlandais*, Libération, 9 juin.

INSTITUTE FOR SECURITY STUDIES (2005), Newsletter No 15.

JAFFRÉ J. (2005), *La France au miroir de son non*, *Le Monde*, 17 Juillet.

KURPAS S. (2005), *Should ratification proceed? An assessment of different options after the failed referenda*, CEPS Policy Brief No 75, disponible à l'adresse suivante: <http://shop.ceps.be/>

– (2005), *What Could be Saved from the European Constitution if Ratification Fails ?*, CEPS Policy Brief No 70, disponible à l'adresse suivante: <http://shop.ceps.be/>

LA CROIX (2005), *L'Europe, sonnée, veut amortir le choc*, Dossier explicatif, 31 mai.

LAMY P. (2005), *Les référendums français et néerlandais. Leçons pour l'Europe*, compte rendu d'intervention à l'occasion d'une conférence organisée par l'Institut Européen et la Fondation Friedrich Ebert, le 6 juin à Prague, disponible à l'adresse suivante: www.notre-europe.asso.fr

– (2005) *Edito de Notre Europe*, 30 mai, disponible à l'adresse suivante: www.notre-europe.asso.fr

_ (2005), *L'enjeu européen du « non » français*, France-Forum n°19, septembre.

LAURENT A., SAUGER N. (2005), *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen : Comprendre le « non » français*, Les Cahiers du CEVIPOF, n°42, Juillet.

LAZAR M. (2005), *Le Grand soir n'aura pas lieu*, Libération, 31 mai.

LE BRAS H., LÉVY J. (2005), *Une France sur la défensive*, Libération, 1^{er} juin.

LEQUILLER P., LALUMIÈRE C. (2005), *Les conséquences du 29 mai*, Le Courrier Européen, Lettre trimestrielle du Mouvement européen, juillet-août.

LÉVY J. (2005), *Le non n'est ni de gauche ni de droite, il est précaire*, Libération, 1^{er} juin.

– (2005), *Centre-ville, cœur d'Europe*, Libération, 1^{er} juin.

LIPIETZ A. (2005), *L'Europe du non a commencé*, Le Monde, 23 juin.

MÉNY Y. (2005), *L'Europe désorientée, la France déboussolée*, Le Monde, 31 mai.

MILLER V. (2005), *The Future of the European Constitution*, Research Paper 05/45, disponible à l'adresse suivante : www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2005/rp05-045.pdf.

MORAVCSIK A., (2005), *Europe without illusions*, Prospect, juillet.

MURRAY A. (2005), *When the Dust Settles*, CER Bulletin, juin/juillet.

MUXEL A., *Truth and consequences: the French referendum on the European "Constitution"* (2005) Compte-rendu de séminaire "post-29 mai", Oxford, 4 juin.

NALLET H. (2005), *Le référendum sur le traité constitutionnel et le désenchantement de l'Europe*, Passages, avril.

NICOLAIDIS K. (2005), *La France doit changer d'UEtopie*, Le Monde, 27 juin.

NIJEBOER A. (2005), *The first Dutch referendum: a pre-ballot assessment*, Notre Europe Paper, 17 mai, disponible à l'adresse suivante: www.notre-europe.asso.fr

PADIS M-O. (2005), *La France insulaire*, Esprit, juin.

– (2005), *Une France sans vision de l'Europe*, Esprit, mai.

PADOA-SCHIOPPA T. (2005), *Non mentire sul no francese*, il Mulino, Juillet.

PALMER J. (2005), *After the French and Dutch Referenda: What Prospects for the Treaty?*, EPC Policy dialogue, 2 Juin.

– (2005) *What Will be Lost if the European Union Constitutional Treaty is not Adopted*, EPC Briefing Paper, 12 mai.

PAPADOPOULOS Y. (2005), *Implementing (and radicalizing) art. I-47.4 of the Constitution : is the addition of some (semi-)direct democracy to the nascent consociational European federation just Swiss folklore ?*, Journal of European Public Policy, juin.

– (2002), *Peut-on imaginer d'organiser des referendums a l'échelle européenne et à quelles conditions ?*, Notre Europe Policy Paper, No 2.

PARODI J-L., *Truth and consequences: the French referendum on the European "Constitution"* (2005) Compte -rendu de séminaire "post-29 mai", Oxford, 4 juin.

PERRINEAU P. (2005), *Le référendum français du 29 mai: l'irrésistible nationalisation d'un vote européen*, in PERRINEAU P. (2005), *Le vote européen 2004-2005*, Les Presses de Sciences Po.

PISANI-FERRY J. (2005), *Paysage après les batailles*, 18 juin, disponible à l'adresse suivante: www.notre-europe.asso.fr/article.php3?id_article=814

– (2005), *Needed: A Growth Strategy to Restore the EU's Legitimacy !*, document préparé à l'occasion du Munich Economic Summit, juin.

RICARD-NIHOUL G., LARHANT M. (2005), *Constitutional referendum in France: the political landscape a month before the referendum*, Notre Europe Note, 27 avril, disponible à l'adresse suivante: www.notre-europe.asso.fr

– (2005), *How to explain the unexpected: an assessment of the French constitutional referendum*, Analisis del Real Instituto Elcano, 6 Mai, disponible à l'adresse suivante: www.realinstitutoelcano.org/analisis/734.asp

ROSANVALLON P., (2005), *Les sociétés doivent avoir un pouvoir de délibération*, (entretien), Alternatives internationales, mai.

ROSSI L. S. (2005), *En cas de non-ratification*, à paraître dans la Revue Trimestrielle de Droit Européen.

SCHWARZER D. (2005), *Lessons from the Failed Constitutional Referenda*, SWP Comments, German Institute for International and Security Affairs, juin, disponible à l'adresse suivante: www.swp-berlin.org.

SERRES M. (2005), *L'enjeu, c'est l'acceptation de la société moderne*, Le Figaro, 6 juin.

SHAW J. (2005), *The Constitutional Treaty and the question of ratification: unscrambling the consequences and identifying paradoxes*, Federal Trust Policy Brief, 20 avril, disponible à l'adresse suivante: www.fedtrust.co.uk/

– (2005), *What Happens if the Constitutional Treaty Is Not Ratified ?*, à paraître in Pernice I., Zemanek J. (eds), *The Treaty on a Constitution for Europe: Perspectives after the ICG*, Baden-Baden, Nomos.

SOUZEAU M. (2005), *Les opposants au traité européen ont mieux utilisé Internet*, Le Monde, 10-11 Juillet.

SUTHERLAND P., COOK R., LORD HURD OF WESTWELL, KENNEDY C., FISCHER J., (2005) *Europe: where do we go from there ?*, débat public organisé par le Centre for Reform le 4 juillet à la London School of Economics, disponible à l'adresse suivante: www.crf.org.uk.

TOSATO G. L., GRECO E. (2004), *The EU Constitutional Treaty: how to deal with the ratification bottleneck*, Documenti Istituto Affari Internazionali, avril, disponible à l'adresse suivante: www.iai.it

– (2005), *The European Constitution: How to Proceed if France or the Netherlands Votes 'No'*, Documenti Istituto Affari Internazionali, mai, disponible à l'adresse suivante: www.iai.it

TRECHSEL H. A. (2005), *How to federalize the European Union ... and why bother*, Journal of European Public Policy, juin.

VINCENT C. (2005), *La France dans l'Europe de demain*, les Enjeux, mai.

Liste bereits erschienener Studien und Forschungsarbeiten

Sämtliche Veröffentlichungen sind auf der Webseite von Notre Europe verfügbar

- The European Constitution and deliberation: the example of Deliberative focus groups ahead of the French Referendum of 29 May 2005.
Henri Monceau – Available in French and English (November 2005)
- The French “no” vote on May 29, 2005: understand, act.
Gaëtane Ricard-Nihoul – Available in French, English and German (October 2005)
- For a new European social contract
Marjorie Jouen and Catherine Palpant – Available in French and English (September 2005)
- The best laid plans: Britain’s Presidency of the Council of European Union
Anand Menon and Paul Riseborough – Available in English (June 2005).
- European Budget: the poisonous budget rebate debate
Jacques Le Cacheux – Available in French and English (June 2005).
- Analysis of European Elections (June 2004)
Céline Belot et Bruno Cautrès – Available in French (June 2005).
- Why they wanted Europe: A call of 12 french Pionners of European integration
Jean-Louis Arnaud – Available in French (May 2005).
- Ratification and revision of the Constitutional Treaty
Henri Oberdorff – Available in French (May 2005).
- Luxembourg at the Helm; experience, determination and self denial
Mario Hirsch – Available in French and English (December 2004).
- A driving force despite everything: Franco -German relations and the Enlarged European Union
Martin Koopmann – Available in French and English (November 2004).
- Europe and its Think tanks: a promise to be fulfilled
Stephen Boucher, Benjamin Hobbs, Juliette Ebelé, Charlotte Laigle, Michele Poletto, Diego Cattaneo, Radoslaw Wegrzyn – Available in French and English (October 2004).
- A view from outside: the franco -german couple as seen by their partners
Matt Browne, Carlos Closa, Soren Dosenrode, Franciszek Draus, Philippe de Schoutheete, Jeremy Shapiro – Available in French and English (April 2004).

- Leading from behind: Britain and the European constitutional treaty
Anand Menon - Available in French and English (January 2004).
- US attitudes towards Europe: a shift of paradigms?
Timo Behr - Available in French and English (November 2003).
- Giving euro-Mediterranean cooperation a breath of fresh air
Bénédicte Suzan - Available in French (October 2003).
- Italy and Europe 2003 presidency
Roberto Di Quirico - Available in French, English and Italian (July 2003).
- European attitudes towards transatlantic relations 2000-2003: an analytical survey
Anand Menon and Jonathan Lipkin - Available in French and English (June 2003).
- Large and small member states in the European Union: reinventing the balance (Paul Magnette and Kalypso Nicolaidis) Available in French and English (May 2003).
- Enlargement and Investment in Central and Eastern Europe
Bérénice Picciotto - Available in French and English (May 2003)
- The institutional architecture of the European Union: a third Franco-German way?
Renaud Dehousse, Andreas Maurer, Jean Nestor, Jean-Louis Quermonne and Joachim Schild - Available in French and English (April 2003).
- A new mechanism of enhanced co-operation for the Enlarged Union
Eric Philippart - Available in French and English (March 2003).
- Greece, the European Union and 2003 Presidency
George Pagoulatos - Available in French and English (December 2002).
- The question of the European government
Jean-Louis Quermonne - Available in French and English (November 2002).
- The European Council
Philippe de Schoutheete and Helen Wallace - Available in French and English (September 2002).
- Multilevel government in three Eastern and Central European candidates countries: Hungary, Poland and Czech Republic (1990-2001)
Michal Illner - Available in French and English (June 2002).
- The Domestic basis of Spanish European Policy and the 2002 Presidency
Carlos Closa - Available in French, English and Spanish (December 2001)

- The Convention of a Charter of Fundamental Rights: a method for the future?
Florence Deloche-Gaudez -. Available in French and English (December 2001).
- The federal approach to the European Union or the quest for an unprecedented European federalism
Dusan Sidjanski - Available in French, English and German (July 2001).
- The Belgian Presidency 2001
Lieven de Winter and Huri Türsan - Available in French and English (June 2001).
- The European debate in Sweden
Olof Petersson - Available in French, English and Swedish (December 2000).
- An enlargement unlike the others ... Study of the specific features of the candidate countries of Central and Eastern Europe
Franciszek Draus - Available in French, English and German (November 2000).
- The French and Europe: the state of the European debate at the beginning of the French presidency
Jean-Louis Arnaud - Available in French, English and German (July 2000).
- Portugal 2000: the European way
Alvaro de Vasconcelos - Available in French, English and Portuguese (January 2000).
- The Finnish debate on the European Union
Esa Stenberg - Available in French, English and Finnish (August 1999).
- The American Federal Reserve System: functioning and accountability
Axel Krause - Available in French, English and German (April 1999).
- Making EMU work
partnership Notre Europe and Centro European Ricerche - Available in French, English, Italian and German (March 1999).
- The intellectual debate in Britain on the European Union
Stephen George - Available in French, English and German (October 1998).
- Britain and the new European agenda
Centre for European Reform, Lionel Barber - Available in French, English and German (April 1998).
- Social Europe, history and current state of play
(Jean-Louis Arnaud) Available in French and English (July 1997).

- Reinforced cooperation: placebo rather than panacea

Françoise de la Serre and Helen Wallace - Available in French, English and German (September 1997).

- The growth deficit and unemployment: the cost of non-cooperation

Pierre-Alain Muet - Available in French, English and German (April 1997).

Study available in French, German and English on the Website <http://www.notre-europe.asso.fr>



Education et culture

With the support of the European Commission : support to active entities at European level in the field of active European citizenship.

Neither the European Commission nor *Notre Europe* is to be held responsible for the manner in which the information in this text may be used.

This may be reproduced if the source is cited.

© Notre Europe, December 2005